



Protokoll

der 37. Sitzung, Amtsjahr 2022 / 2023

Mittwoch, den 15. November 2023, um 9:15 Uhr

Vorsitz:	<i>Bülent Pekerman, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Andre Auderset (LDP), Leoni Bolz (SP), Erich Bucher (FDP), Alex Ebi (LDP), Lydia Isler-Christ (LDP), Andreas Zappalà (FDP); David Wüest-Rudin (GLP)</i>

Verhandlungsgegenstände:

24.	Anzug 3 Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMS für die Kantonspolizei" ..	2
24.	Anzug 3 Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMS für die Kantonspolizei" ..	3
25.	Anzug 4 Roger Stalder und Konsorten betreffend "Mehr Grenzschutz – mehr Sicherheit"	5
26.	Anzug 5 Patrick Fischer und Konsorten betreffend "Gemeinsame Grenzschutzübungen in der Region Basel mit der Armee"	6
27.	Anzug 6 Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel"	8
28.	Anzug 7 Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend "Ausschaffung krimineller Ausländer – der Regierungsrat soll beim Bund Druck machen"	8
29.	Anzug 8 Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren"	9
30.	Anzug 9 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend "Bälert – Kantonale App für eine Sofortalarmierung der Polizei"	11
31.	Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen	12
37.	Anzug 16 Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie	14
32.	Anzug 11 Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum	16
33.	Anzug 12 der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission betreffend Transparenz über den Einsatz von algorithmischen Systemen in der Verwaltung	19
34.	Anzug 13 Anouk Feuerer und Konsorten betreffend Mobile Spielplätze	19
35.	Anzug 14 Balz Herter und Konsorten betreffend gemeinsames Wachsen von Bevölkerung und Sicherheit	19
36.	Anzug 15 Balz Herter und Konsorten betreffend Vorbereitung auf Extremwetterereignisse	19
38.	Anzug 17 Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen"	21
39.	Anzug 18 Eric Weber betreffend Rathaus-Turm öffentlich machen	21
40.	Anzug 19 Eric Weber betreffend der Plan von einer abgekühlten Stadt	22
41.	Anzug 20 Eric Weber betreffend Lärm verursacht Stress und macht krank	23
42.	Anzug 21 Eric Weber betreffend Sauber Stadt Basel – Bussgelder für Kippen-Sünder	24
43.	Anzug 22 Daniel Albietz und Konsorten betreffend Fusion von IWB, Primeo/EBM sowie EBL	25
44.	Anzug 23 Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit	28
45.	Anzug 24 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Roadmap Lastoptimierung und Energiespeicherung	31
46.	Anzug 25 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Wahltarife mit dynamischen Energie- und Netznutzungspreisen für flexible elektrische Lasten	31
47.	Anzug 26 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung	33



Beginn der 37. Sitzung

Mittwoch, 15. November 2023, 09:00 Uhr

24. Anzug 3 Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMs für die Kantonspolizei"

[15.11.23 09:00:08, 23.5464.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Ich habe Ihnen keine Mitteilungen zu machen. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wird dies bestritten? Tonja Zürcher hat das Wort.

Tonja Zürcher (GAB): Wir bestreiten die Überweisung dieser Motion. Wir sind der Meinung, dass diese Bodycams nicht die zusätzliche Sicherheit bringen, die wir uns wünschen. Es ist eine Tatsache, dass diese Bodycams nicht dauernd laufen. Das ist auch nur schon aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht zulässig. Wir sind auch dafür, dass die nicht dauernd laufen sollen, aber es gibt dadurch eine falsche Sicherheit. Man hat das Gefühl, dass alles, was auf diesen Bodycams aufgezeichnet ist, die Wahrheit ist, und wenn es nicht aufgezeichnet ist, dass das dann keine Tatsache ist. Und das ist aus unserer Sicht eine Verfälschung der Wahrnehmung. Vor allem wenn gleichzeitig von Seiten der Kantonspolizei noch eine Kampagne gemacht wird, die filmen von aussen möglichst unterbinden will und dadurch eine andere Perspektive, nicht eine richtige oder falsche, aber eine andere Sicht auf die Tatsachen eher verschleiert.

Deshalb sind wir dagegen, diese Motion zu überweisen. Sonst wird dafür, dass tatsächlich etwas für die Prävention gemacht wird und dass dafür geschaut wird, dass einerseits in der Gesellschaft, aber auch innerhalb des Polizeikorps Prävention gegen Gewalt gemacht wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zu meiner Vorrednerin, Tonja Zürcher. Ich muss auf ihr Votum eintreten, ganz klar. Sie sind bekannt für Demonstrationen, es ist ganz klar, dass sie dann nicht gefilmt werden wollen. Das müssen Sie natürlich auch sagen, wenn man an Demonstrationen geht, könnte es ja sein, dass Sie gefilmt werden.

Ich möchte ein paar Punkte zu diesem Anzug sagen. Es ist bekannt, wir haben zu wenig Polizisten. Es fehlen Polizisten und dann nützt diese Kamera auch nicht, wenn wir zu wenig Polizisten haben. Ein Beispiel: Die Palästina-Demo vor der Grossratssitzung letzten Mittwochnachmittag, ich habe dreimal angerufen, es kommt keine Polizei. Ich muss einfach feststellen als Grossrat, wir sind in einem rechtsfreien Raum und dann muss ich sagen, die Bodycams sind Schnickschnack. Das darf man sagen, auf Hochdeutsch heisst das Schnickschnack. Schnickschnack bedeutet, wer es nicht weiss, es ist unwichtig, man sagt auch, das Pferd von hinten aufsatteln, usw. Wenn wir uns in einem rechtsfreien Raum befinden, und das muss ich ganz klar festhalten, sind solche Kameras Schnickschnack, weil die auch nichts nützen. Darum muss ich mir noch überlegen, wie ich abstimmen werde, ob ich vielleicht doch mit Tonja Zürcher abstimme, weil das Problem ist viel tiefer.

Das andere Problem ist folgendes. Die Polizei darf uns Bürger filmen. Okay, da habe ich nichts dagegen, aber wenn ich die Polizei filme, heisst es, das ist verboten. Jetzt muss ich einmal den Spiess umdrehen, darum freue ich mich, dass nach mir auch ein Polizist redet, Christoph Hochuli. Ich möchte einfach sagen, ich protestiere, wenn ich eine Rechnung bekomme von der Polizei von 500 Franken, ich hätte einen Polizisten gefilmt. Als Journalist oder Mensch wissen Sie, man darf in der Öffentlichkeit filmen. Das Problem ist einfach, und jetzt kläre ich das noch auf mit diesen Bodycams, Sie dürfen die Polizei filmen, aber Sie müssen im Hintergrund mehr als drei Leute haben. Sie dürfen auch ein Foto machen, es müssen aber mindestens drei Leute drauf sein, dann kann man Sie nicht belangen. Es ist dann einfach unfair, die Polizei darf einen einzelnen Menschen filmen, aber wenn ich einen einzigen Polizisten filme, heisst es gerade, das kostet 500 Franken. Ich zahle das, ich mache da keine Opposition, aber ich nehme mir das Recht, hier im Parlament zu sagen, es ist eine Frechheit, wenn man mir als Grossrat eine Rechnung von 500 Franken gibt, weil ich einen Polizisten mit einem Hund gefilmt habe und umgekehrt darf die Polizei filmen.

Ich bin so wütend auf die Polizei, dass ich diesen Anzug eigentlich nicht unterstützen kann, und dann wird die Abstimmung spannend, weil ich das Zünglein an der Waage bin zwischen links und rechts. Ich muss einfach ganz klar sagen, die Polizei



ist teilweise sehr arrogant. Wenn man sie braucht, kommt sie nicht, ruft man dreimal an, dann heisst es, wir haben zu wenig Polizisten und das finde ich einfach als Steuerzahler, Stephanie Eymann, eine Frechheit, dass wir da über Schnickschnack reden. Schauen Sie lieber dafür, dass wir genügend Polizisten haben. Die Bodycams braucht es nicht. Es braucht Polizisten, die kommen und die mir nicht am Telefon sagen, wir haben zu wenig Personal, wir können nicht vor das Parlament gehen, wenn da eine Palästina-Demo ist. Dann muss man einfach mal ganz ehrlich sein und sagen, dass hier in diesem Kanton einiges schiefgeht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Das Gefilmt werden ist für Polizeiangehörige in der Schweiz mittlerweile alltägliche Realität. Oft erscheinen die Videos schon bald nach dem Ereignis im Internet. Teilweise wurden sie geschnitten und man sieht nur bestimmte Sequenzen des Ereignisses.

Die Stadtpolizei Zürich führte 2017 einen achtmonatigen Pilotversuch mit Bodycams durch. Dieser Versuch wurde wissenschaftlich begleitet und es wurde festgestellt, dass die Kameras tatsächlich eine präventive, deeskalierende Wirkung haben. In Einsätzen mit Bodycam kam es zu weniger physischer Gewaltanwendung gegenüber den Polizeiangehörigen als ohne Bodycam. Es gab ein Rückgang um ein Drittel. Gemäss dem Schlussbericht zum Pilotversuch könnte dank der Einführung von Bodycams in Zürich eine Reduktion von jährlich rund 50 Angriffen gegen Polizeiangehörige erreicht werden.

Abgesehen vom präventiven Charakter, können die Aufnahmen von Bodycams als Beweismittel in einem Strafverfahren oder auch in einem Beschwerdeverfahren verwendet werden. Zusätzlich zu Videoaufnahmen von Zuschauenden können auch die Bodycam-Aufnahmen aus Sicht der Polizei angeschaut werden und in die Beurteilung einfließen.

Die Stadtpolizei Zürich hat sich dafür entschieden, dass im Jahr 2024 definitiv Bodycams zum Einsatz kommen. Die entsprechenden Polizeiangehörigen werden mit der Aufschrift «Video» auf der Uniform gekennzeichnet sein. Zudem müssen die Polizeiangehörigen den Start der Aufnahme mündlich ankündigen. Die laufende Aufnahme wird mit einer blinkenden LED-Lampe angezeigt. Diese Regeln für Transparenz wären sicher auch in Basel sinnvoll. In der Pilotphase in Zürich war es so geregelt, dass die Polizeiangehörigen in der Regel selber entschieden, wann sie die Kamera einschalten. Aber die betroffenen Personen konnten ebenfalls ein Einschalten der Kamera verlangen.

Falls sich die Kantonspolizei Basel-Stadt für die Anschaffung und den Einsatz von Bodycams entscheiden sollte, muss die Anwendung der Bodycams und die Einsichtnahme in die Aufnahmen rechtlich und organisatorisch festgelegt, der Datenschutz gewährleistet und die Aufbewahrungsdauer der Videoaufnahmen reglementiert werden. Der Einsatz der Bodycams ist in Europa bereits weit verbreitet und etabliert. Beispielsweise haben zahlreiche deutsche und österreichische Städte Bodycams und in England wurden sie sogar flächendeckend in allen Polizeikörpern eingeführt.

Nun bitte ich Sie, auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diesen Anzug an den Regierungsrat zu überweisen. Dann kann die Regierung und die Kantonspolizei prüfen, ob der Einsatz von Bodycams auch im Kanton Basel-Stadt sinnvoll ist und uns darüber berichten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich unterbreche hier die Sitzung. Um 9:20 Uhr machen wir weiter. Wir werden in der Zwischenzeit das System runterfahren und wieder hochfahren.

24. Anzug 3 Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMS für die Kantonspolizei"

[15.11.23 09:26:10, 23.5464.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es kann weitergehen. Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Die Frage der Bodycams ist ja eine Frage, die weltweit diskutiert wird. In vielen Ländern läuft diese Diskussion, auch in einigen Kantonen der Schweiz sehr intensiv. Auch die Befürworter*innen, das ist ja das Interessante an diesem Thema, wechseln dabei immer wieder. Teilweise sind die Polizeiangeestelltenverbände dagegen, teilweise dafür. Teilweise werden die Bodycams von Bürgerrechtsbewegungen gefordert, teilweise von Organisationen, die sich positionieren, dass es zu viel Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte gebe.



Diese Diskussion kann man sehr kontrovers führen, aber es stellen sich zu den Bodycams sehr konkrete Fragen bezüglich der Rahmenbedingungen, in denen sie existieren. Wo werden die Daten gespeichert, also auf welchem Server und in welchem Land? Wann werden die Kameras abgeschaltet? Laufen Sie durch? Wie werden die Bodycam-Aufnahmen vor Gericht verwendet? Verändert sich die Beweislast von anderen Beweisen oder die Indizien? Wie viele Bodycams sollen eingesetzt werden?

Darum ist es sicher sehr wichtig, dass man sich diesem Thema auf einer wissenschaftlichen Art und Weise annähert und das wurde ja, wie wir schon gehört haben, in Zürich auch gemacht. Und da muss ich meinem Vorredner sehr ungerne leider ein bisschen widersprechen, Christoph Hochuli. Die Resultate, vor allem wenn man nicht die gekürzte Fassung der Studie liest, sondern die ausführliche Fassung der Studie, die sagen schon nicht genau das gleiche, wie einfach die Befürworter*innen der Bodycams das immer gesagt haben. Was nämlich sehr interessant ist, ist in Zürich, dass der Widerstand sehr lange und sehr prägnant von Angestellten der Polizei kam und kommt. Und wenn man die Studie genau liest bei den Resultaten, dann sieht man zum Beispiel, dass die Befürwortung der Bodycams nach dem Pilotversuch deutlich abgenommen hat von über zwei Drittel der Polizistinnen und Polizisten auf 55 Prozent. Und was noch viel eindrücklicher ist, die Angst vor missbräuchlicher Nutzung der Aufnahmen der Bodycams ist von 39 Prozent auf 51 Prozent gestiegen. Und damit wir uns hier im Saal klar sind, wir reden hier von befragten Polizistinnen und Polizisten, die diese Äusserungen gemacht haben.

Auch wichtig ist in diesem Kontext, diese Illusion, dass wenn wir Bodycams haben, dass wir dann die Konfliktsituationen alle lösen. Ich meine, uns allen ist von der einen oder anderen Seite die Basel-Nazifrei-Demo von 2018 bekannt. Es ist wohl eine der am besten gefilmten Demonstrationen in diesem Kanton. Aber gleichzeitig hat der Umgang mit Videomaterial in Bezug auf diese Demo auch gezeigt, wo die vielen Fallstricke liegen, wenn man eben so viel Material herstellt. Wer verwaltet das Material? Wie wird es geschnitten? Wann wird der Sound eingestellt? Wann wird er abgestellt?

Die SP unterstützt Bestrebungen, gegen Gewalt an Polizisten und Polizisten vorzugehen und aus Sicht der SP sind vor allem vertrauensfördernde Vorkehrungen wichtig. Und ich würde nicht mal absolut ausschliessen, dass die SP nie einem Bodycam-Projekt zustimmen würde. Aber was auch völlig klar ist, ist, wenn es ein Bodycam-Projekt gibt, wenn es Bodycams gibt für Polizistinnen und Polizisten, dann braucht es ganz klare Regeln und dann braucht es auch Regeln, die nicht nur, wie Sie uns vielleicht jetzt vorwerfen würden, aus Sicht der Gefilmten funktionieren. Das ist ja auch so eine Frage, wer wird noch zusätzlich gefilmt, wie wird das abgegrenzt, wie wird das gehandelt bezüglich Unschuldigen, sondern dann braucht es das auch aus Sicht der Arbeitnehmenden.

Und es ist nur kohärent, wenn die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften immer sagen, Überwachung am Arbeitsplatz ist etwas, wo wir uns dagegen einsetzen, dann sind wir hier ganz konkret auch an diesem Punkt. Es geht darum, dass sie bei ihrer Arbeit gefilmt werden und das erhöht teilweise den Druck. Das war ja auch die Kritik in Zürich von Polizeibeamtenverbänden. Das erhöht den Druck auf den einzelnen Arbeitnehmenden, die einzelne Arbeitnehmende. Und darum noch zum Schliessen mit dem Satz aus der wissenschaftlichen Studie: Das randomisierte Experiment zum Mitführen und zum Einsatz von Bodycams gibt Hinweise, dass es Effekte gibt, aber es gibt keinen signifikanten Effekt und Beweis.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugsteller Felix Wehrli das Wort.

Felix Wehrli (SVP): Ein wirksames Mittel, um bei widersprüchlichen Aussagen Klarheit zu schaffen, wäre eben die Einführung von Bodycams, welche mit Bild und Ton aufzeigen, was bei der Polizeiarbeit gut oder aber auch schlecht gelaufen ist. Und ja, Beda Baumgartner, natürlich müssen diese Daten abänderungsgeschützt gespeichert werden und sollten nur von Strafverfolgungsbehörden oder Gerichten eingesehen werden. Ich wäre sonst auch nicht dafür. Untersuchungen haben ergeben, Sie sehen das vielleicht anders, dass Bodycams keine eskalierende Wirkung haben, sondern ganz im Gegenteil, durch die deeskalierende Wirkung physische und psychische Gewalt aller Beteiligten reduzieren. Sie schützen dadurch sowohl die Polizist*innen, aber auch die betroffenen Bürger und Bürgerinnen vor falschen Beschuldigungen.

Nun, es war mir schon beim Einreichen des Anzugs bewusst, dass nicht alle Fraktionen erfreut sind über den Anzug. Es sind die Fraktionen, welche in der Vergangenheit die Polizistinnen und Polizisten, welche auch für sie in der Öffentlichkeit während 24 Stunden für wenig Lohn auf der Strasse den immer gefährlich werdenden Dienst tun, für alles Mögliche vielmals, aber auch nicht immer, zu Unrecht beschuldigt werden. Wenn Sie sich ihrer Beschuldigungen, wie Polizeigewalt oder Racial Profiling, aber so sicher sind, dann müssen doch genau Sie den Bodycams zu stimmen.

Ich konnte während meiner vierzigjährigen Polizeiarbeit in den verschiedensten Abteilungen einiges an Erfahrungen sammeln und ich weiss, von was ich hier spreche. Falsche Anschuldigungen, wie sexuelle Belästigung, Polizeigewalt, Racial Profiling, Amtsanmassung, Begünstigung, usw. können sich fatal auswirken. Das geht bei den Polizist*innen bis zu Versetzungen, Dienststellungen, Kündigungen, aber auch Suizid. Alles schon in Basel passiert. Das wissen gewisse Personenkreise und dies nützen sie schamlos aus. Genau hier könnten in Zukunft Bodycams grosses Unrecht und Leid verhindern, auch für Bürgerinnen und Bürger, welche vielleicht zu Unrecht für etwas beschuldigt werden. Es hilft somit



beiden Seiten. Bodycams schaffen ganz einfach Klarheit. Jeder Kontrollierte soll vom Polizisten auch verlangen können, dass dieser die Bodycams einschaltet.

Wenn man einen solchen Anzug ablehnt, ja, dann ist man einfach nicht an der Wahrheit interessiert, denn diese könnte ja auch schmerzhaft sein. Wie sagte es der ehemalige Grossrat und langjährige Strafgerichtspräsident Jeremy Stephenson einmal hier im Rat, bessere Beweise als Videoaufnahmen gibt es für ein Gericht nicht. Es wird sich bei dieser Abstimmung zeigen, bei wem Vertrauen in den Staat und damit auch die Polizei, sie gehört halt auch dazu, noch ein klein wenig vorhanden ist und Sie selber können ja mitbestimmen, sollte der Anzug überwiesen werden, was für Vorschriften es für Bodycams geben wird, Beda Baumgartner, auch Sie.

Dann noch etwas zur Information bezüglich Überwachung durch Private. Ich hatte diese Woche eine Versicherungsänderung und musste dazu einen Anruf tätigen. Am Telefon nahm ich dann zur Kenntnis, dass die Versicherung das Gespräch unter anderem zur Beweissicherung aufnimmt, es also gespeichert wird. Im Übrigen verwenden auch fast alle unsere Einkaufsläden oder Banken, Bahnhöfe und sehr viele private Firmen Videoaufnahmen zur Beweissicherung. Da gibt es dann keine grossen Regelungen, vielleicht reicht auch ein Kleber an der Eingangstüre. Auch hier in diesem ehrenwerten Haus werden Sie ja aufgenommen.

Ich bedanke mich bereits jetzt bei all jenen, welche den Wert der Bodycams richtig einschätzen, weiterhin mit ihrer Versicherung telefonieren, unbeschwert überall einkaufen können und weiterhin auch hier im überwachten Ratssaal mit Anstand debattieren, zanken und streiten können.

Ich bitte Sie, auch im Namen meiner Partei und dem Schweizerischen Polizeibeamtenverband, meinen Anzug zu überweisen. Er tut niemandem weh und verhilft zu mehr Sicherheit.

Vielleicht noch etwas zur Studie, die angesprochen wurde. Die besagt nicht, dass Bodycams schlecht sind, ganz im Gegenteil. Professor Dirk Baier von der Zürcher Hochschule, der die Studie gemacht hat, sagt auch, linksextreme Gewalt ist auf anhaltend hohem Niveau. Ich denke, das unterstützen Sie dann auch.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Eric Weber, die andere von Nicola Göpfert. Nehmen Sie sie an? Sie werden abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002051, 15.11.23 09:37:20]

Der Grosse Rat beschliesst

Keine Überweisung. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 47 Nein-Stimmen bei 46 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

25. Anzug 4 Roger Stalder und Konsorten betreffend "Mehr Grenzschutz – mehr Sicherheit"

[15.11.23 09:37:36, 23.5465.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Beda Baumgartner (SP): Ich rede auch für das GAB. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, diesen Anzug nicht zu überweisen. Die grundlegende Forderung des Anzugs, die mag ja zu Teilen noch verständlich sein, wenn es um das Personal geht, dass



vielleicht stark ausgelastet ist. Aber der ganze Text vorneweg bis zur Forderung schürt ein Bild und eine angebliche Realität in der Schweiz, die es so nicht gibt. Plus ist es eine Illusion, und ich möchte das wirklich nochmal mit Nachdruck sagen, wenn man wirklich die Coronazeit in Basel-Stadt zitiert als Beleg, wie gut die Grenzkontrollen funktioniert haben, dann haben Sie, glaube ich, mit den Realitäten der Menschen, die sich im Dreiland bewegt haben während dieser Zeit, als die Grenzen geschlossen wurden, nicht viel zu tun. Es ist wirklich nicht ein Zustand, den wir wiederherstellen möchten, hoffe ich, in einer Mehrheit in diesem Parlament, dass wir in dieser engen Region, wo wir Grenzen jeden Tag, und zwar zu tausenden überwinden, dass wir diese noch verstärken und am Ende wirklich systematische Grenzkontrollen einführen, wie das jetzt teilweise im Anzug skizziert wird.

Darum bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Roger Stalder das Wort.

Roger Stalder (SVP): Beda Baumgartner, Sie müssen keine Angst haben. Das Beispiel war einfach zum Aufzeigen in der Coronazeit, dass es eben schon Verbrecher gibt, die herüberkommen, wenn wir die Grenzen nicht schützen. Aber auch ich will keine Schliessungen. Grenzschiessungen wird es ganz sicher keine mehr geben, auch unter mir nicht und auch unter der SVP nicht.

Der Anzug ist ganz klar, und es steht unten auch ganz klar, wir wollen für eine Stärkung für das Grenzkorps sorgen und die Regierung stösst da nicht gerade auf offene Ohren in Bern. Und jetzt haben wir die Chance, mit dem Baselbiet zusammen, wo nämlich der gleiche Anzug überwiesen worden ist, da ein starkes Zeichen zu setzen, dass wir einen Grenzkorps bekommen, der diese Grenzen auch schützen kann und helfen wird, dass die Kriminalität, die von aussen kommt, auch bekämpft werden kann, gerade schon an der Grenze. Und um das geht es. Das ist ein weiterer Punkt oder ein weiteres Puzzleteil für die Sicherheit von Basel.

Darum bitte ich Sie wirklich, einen relativ harmlosen Anzug zu überweisen, damit man da Druck machen kann in Bern.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beda Baumgartner.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

24 Ja, 65 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002053, 15.11.23 09:41:30]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 65 Nein-Stimmen bei 24 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

26. Anzug 5 Patrick Fischer und Konsorten betreffend "Gemeinsame Grenzschutzübungen in der Region Basel mit der Armee"

[15.11.23 09:41:46, 23.5466.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.



Patrick Fischer (SVP): Schade, dass eigentlich nicht mehr Leute hier drinsitzen, denn es geht hier wieder mal um die Sicherheit. Ich danke aber vorerst, dass ich nicht nach dem letztwöchigen Angriff, wo ich mit der Dolchstosslegende konfrontiert wurde, nicht noch mit der Nibelungensage oder ähnlichem in Verbindung gebracht werde. Meine Motion wurde in Sippenhaft mit der SVP genommen und einige Parteien gaben offen und ehrlich zu, dass sie sämtliche Vorstösse der SVP generell und pauschal ablehnen. Ich halte das für falsch. Sie können jetzt jemanden zuhören, der über 28 Jahre Militärerfahrung und 23 Jahre Polizeierfahrung hat und am Schluss können Sie wählen, welchen Knopf Sie drücken.

Nun zur Sache. Die Armee führt immer wieder gemeinsame Übungen mit zivilen Partnern durch. Zuletzt im Mai 2023 hat die Territorialdivision 1 der Schweizer Armee mit dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie der französischen Armee eine gemeinsame Übung durchgeführt. Auch im Baselland fanden solche Übungen in der Vergangenheit statt. Warum dieser Austausch mit zivilen Partnern enorm wichtig ist, liegt auf der Hand. Wenn es zu einem Einsatz kommt, müssen zivile Partner eng mit dem Militär zusammenarbeiten. Dann bleibt meistens auch nicht genug Zeit, sich kennen zu lernen, dann muss es funktionieren. Einzelne Organisationen verfallen oft in einen Art Tunnelblick. Sie sprechen eine eigene Sprache, haben eigene Abläufe und Prozesse und Materialien, die sich nicht vereinen lassen. Um im Fall der Fälle den Auftrag zusammen erfüllen zu können, muss man im Vorfeld sich austauschen, zusammen trainieren und Schnittstellen optimieren. Dadurch werden die Schwachstellen eruiert und das gegenseitige Verständnis gefordert.

Gerade Basel-Stadt ist mit dem Kriminaltourismus konfrontiert. Deliktsgut wird oftmals nach Frankreich abgesetzt. E-Bikes und elektronische Geräte können von den Geschädigten oftmals selbst im grenznahen französischen Ausland geortet werden. Wir wissen, woher die Kriminellen kommen, und wir wissen, wohin sie das Deliktsgut absetzen, oftmals in Frankreich, wo die Hehler ansässig sind. Sie können sich selbst überzeugen, gehen Sie mal mit dem Tram Nummer 3 Richtung Frankreich und schauen, wer dort alles sitzt. Ich kann Ihnen sagen, die Kriminalpolizei verfügt über etliche Videoaufnahmen, wo E-Bikes mit dem 3er quasi als Schlepper nach Frankreich gebracht werden. Dasselbe ist mit der Tramlinie 8. Die hat es immerhin schon in die nationalen Medien in Deutschland geschafft im Zusammenhang, dass Migranten so nach Deutschland einreisen.

Die Armee wird für Assistenzeinsätze sensibilisiert und ausgebildet und kann somit variabel eingesetzt werden. Flüchtlingsströme sind ein realistisches Szenario, wobei dem Grenzschutz eine sehr hohe Bedeutung zugemessen wird. Das Thema Grenzschutz gewinnt im Moment in Europa rasch wieder an Bedeutung. Es ist daher nicht mehr als logisch, dass wir uns als Grenzkanton mit diesem Thema beschäftigen. Wenn verschiedene Akteure zusammenarbeiten, benötigt es Absprachen und klare Richtlinien. Dies gilt in gemeinsamen Übungen zu erarbeiten. Wenn ein Ernstfall eintritt, bleibt häufig nicht genug Zeit dazu. Warum also nicht gleich zwei Fliegen auf einen Schlag? Das Einüben von Abläufen und die Kriminalitätsbekämpfung. Es geht doch hier nur darum, dass sich der Kanton Basel-Stadt für solche Übungen bewirbt, nicht mehr und nicht weniger. Es werden keine Grenzzäune gebaut, es werden keine Grenzen geschlossen. Es geht hier um eine Übung.

Als Offizier der Armee und als Kriminalpolizist sehe ich hier eine grosse Chance, die sich uns damit bietet. Die Kantonale Krisenorganisation übt regelmässig den Katastrophenfall, mit dabei Feuerwehr, Sanität, Polizei, usw. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind sehr wertvoll. Sie können jetzt dagegen sein, weil ich und damit auch der Vorstoss von der für Sie falschen Partei kommt oder weil das Thema nicht Ihrem Weltbild entspricht. Aber bitte denken Sie über meine Worte nach und beim Drücken des Knopfes, wählen Sie weise.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

25 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002055, 15.11.23 09:47:21]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 64 Nein-Stimmen bei 25 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

27. Anzug 6 Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel"

[15.11.23 09:47:34, 23.5463.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 7 Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend "Ausschaffung krimineller Ausländer – der Regierungsrat soll beim Bund Druck machen"

[15.11.23 09:47:58, 23.5462.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ohne Notiz kann ich zu dem reden, ich habe mich auch gar nicht vorbereitet, aber es ist so in meinem Herzen drin, wenn ich das Wort kriminelle Ausländer höre. Die ganze Sache ist einfach schizopren. Liebe SVP, Sie freuen sich ja, wenn Sie viele Stimmen bekommen, und viele Stimmen gibt es eigentlich nur, wenn viele kriminelle Ausländer hier sind. Darum würde ich das Thema gar nicht bringen, weil der Anzug in einer linken Stadt nicht durchkommt. Aber wenn ich das Wort kriminelle Ausländer höre, muss ich natürlich auch reden als Einzelpartei. Die ganze Sache ist schizopren. Je mehr Ausländer, desto stärker die SVP, je weniger Ausländer, desto schwächer. Mit einem solchen Anzug sägen Sie den eigenen Baum ab. Das wollte ich sagen, das muss man mal überlegen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat die Anzugstellerin Gianna Hablützel-Bürki das Wort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Viele von Ihnen mögen sich vielleicht noch ungerne daran erinnern. Im Jahre 2010 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die von der SVP lancierte sogenannte Ausschaffungsinitiative angenommen. Seither gibt es klare Regeln, wie, wer und wann aus der Schweiz ausgeschafft werden muss, wenn er gegen geltende Regeln verstösst. Auch wenn Sie dieses Volksverdict wohl hier in diesem Saale grossmehrheitlich zähneknirschend zur Kenntnis nehmen mussten, sind Sie sicherlich alle Demokraten genug, um zu akzeptieren, dass dies Volkswille ist und konsequent umgesetzt werden muss.

Schauen wir uns aber die genauen Zahlen einmal an, so muss man sagen, dass das Volksverdict nicht ausreichend umgesetzt ist. Offenbar wird da ganz bewusst der Volkswille missachtet, weil eine erfolgreiche Initiative zufälligerweise von der SVP den Eliten nicht passt und man sich um deren konsequente Umsetzung schert. So geht das nicht. Denn die vom Bundesamt für Statistik nach langem Zögern und jahrelangem Druck unserer SVP-Nationalräte in Bern vorgelegte Statistik, zuletzt aus dem Jahre 2021, zeigt ein sehr deutliches Bild. Nur gerade 58 Prozent der kriminellen Ausländer werden des Landes verwiesen. Beim Rest kommt eine sogenannte Härtefallklausel zum Tragen, das heisst, gut vier von zehn kriminellen Ausländern können in der Schweiz bleiben, obschon sie wegen einer Straftat verurteilt wurden, die eigentlich einen Landesverweis mit sich zieht.

Geht man noch ein wenig tiefer in die Statistik, so zeigen sich haarsträubende Situationen. Von verurteilten Ausländern infolge des Tatbestandes der vorsätzlichen Tötung sind knapp 12 Prozent nicht ausgeschafft worden. Bei den schweren Körperverletzungen 53 Prozent nicht, bei Einbruchsdiebstählen gut 35 Prozent nicht und besonders widerlich, bei strafbarer



Pornografie 91 Prozent nicht und bei sexuellen Handlungen mit Kindern 66 Prozent der verurteilten Ausländer nicht. Das zeigt deutlich, dass das System aktuell nicht funktioniert und zu lasch vorgegangen wird.

Angesichts des Umstandes, dass in Basel-Stadt gemäss polizeiliche Kriminalstatistik 64 Prozent der Straftaten von Ausländern und Asylanten begangen werden, zeigt sich, dass auch hier das Problem evident ist. Viel zu oft müssen wir immer wieder lesen, dass Personen Straftaten begehen, die eigentlich unser Land längst hätten verlassen müssen. Wir erwarten daher, dass sich der Regierungsrat beim Bundesrat und den Bundesbehörden dafür einsetzt, dass die geltenden Ausschaffungsrichtlinien konsequent angewendet werden und nach Möglichkeit die sogenannte Härtefallklausel, die zu grosszügig ausgelegt wird, entweder abgeschafft oder zumindest aufgeweicht wird. Denn gemäss Gesetz darf diese nur ausnahmsweise angewendet werden. Schaut man sich die eingangs erwähnten Statistiken aber an, muss festgehalten werden, dass bei dieser Menge kaum von Ausnahmen die Rede sein kann.

Ich bitte Sie deshalb, den Anzug an den Regierungsrat zu überweisen, damit unser Land und unser Kanton wieder sicherer wird und ein vor Jahren klar deklariertes Volkswille endlich umgesetzt wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 72 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002058, 15.11.23 09:54:02]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 72 Nein-Stimmen bei 16 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

29. Anzug 8 Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren"

[15.11.23 09:54:16, 23.5461.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Lea Wirz (GAB): Mein Fraktionskollege Oliver Bolliger hat bereits ausgeführt zu allen diesen Sicherheitsvorstössen aus der Reihe der SVP, dass wir diese nicht unterstützen und dies aus ganz grundsätzlichen Gründen.

Die Vorstösse neigen dazu, dass sie kurzfristige Rezepte wollen für komplexe Probleme, die eine umfassende Bearbeitung benötigen und ein langfristiges Handeln und Denken unter Berücksichtigung komplexer, miteinander verknüpfter Probleme und Fragestellungen benötigen. Und alleine durch den Ausbau von repressiven Massnahmen werden wir diese Situation nicht verbessern. Wir lehnen deshalb auch diesen Anzug ab.

Die Polizei hat bereits heute die Möglichkeit, vermehrt Präsenz zu zeigen an einzelnen Hotspots und in Quartieren und tut dies bereits. Und da die Polizei offenbar bereits heute Mühe hat, Personal zu gewinnen, zu rekrutieren, scheint es nicht sinnvoll zu sein, weitere mobile Polizeiposten irgendwo zu installieren, sondern es braucht zielgerichtetes und nachhaltiges Handeln. Dazu brauchen wir umfassende Massnahmen, welche einen ganzheitlichen Charakter haben und nicht einfach einen repressiven.



Das JSD hat bereits Massnahmen ergriffen, um das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ernst zu nehmen und deshalb glauben wir nicht, dass einzelne mobile Polizeiposten dazu beitragen, dieses noch zu erhöhen, sondern wir glauben, dass es eben dieses ganzheitliche Handeln braucht und deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug hier abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Mobile Polizeiposten braucht es nicht, weil wir zu wenig Polizei haben. Die Politik ist ein Geschäft. Wer mich nicht in eine Fraktion aufnimmt, braucht auch nicht meine Stimme. Auch jetzt bringt es nichts, ich werde auch hier Nein stimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugsteller Pascal Messerli das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen. Ich nehme beim Grün-Alternativen Bündnis zur Kenntnis, dass Sie hier einfach gar keine Sicherheit wollen. Sie sind gegen die SVP, das darf man, Sie sind gegen die Polizei, Sie sind gegen Repression, Sie sind gegen sämtliche Vorschläge, die wir hier gemacht haben. Selbst machen Sie aber nie irgendwelche sicherheitspolitischen Vorschläge, dann geben Sie es doch einfach zu, dass Sie hier komplett gegen die Sicherheit sind und am liebsten die Anarchie in diesem Kanton einführen möchten. Das wäre vielleicht der ehrlichere Weg gewesen. Man sieht hier auch die Hufeisentheorie, ganz Rechts und ganz Links bekämpft sämtliche Sicherheitsvorstösse der SVP.

Hier geht es einzig und allein um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Da kann man selbstverständlich sagen, dass diese Auslegung etwas anders ist. Jeder fühlt sich unterschiedlich sicher in diesem Kanton, aber ich denke, mobile Polizeiposten in den Quartieren machen durchaus Sinn und habe es auch in Riehen gesehen vor ein paar Jahren, als dieser Polizeiposten geschlossen wurde. Das war aus unserer Sicht ein Fehler. Hier wäre es gut, wenn man hier auch korrigieren könnte und in Riehen oder auch in anderen Quartieren wieder situativ mobile Posten verankern könnte. Ob jetzt das in Form von einem Biagio-Auto ist oder in Form von einem Container, das lassen wir bei uns hier in diesem Anzug bewusst offen. Wir haben ihn bewusst offen formuliert, dass die Polizei hier einen breiten Handlungsspielraum hat und hier situativ schauen kann, wo es eventuell Sinn macht, in welchem Quartier.

Dementsprechend bitte Sie, diesen mild geschriebenen Anzug, der wirklich viel Handlungsspielraum noch überlässt, an den Regierungsrat zu überweisen und dann werden wir in ein paar Jahren sehen, ob das Sinn macht, ob wir das vielleicht dann auch mal stehen lassen können oder ob die Polizei genug Handlungsspielraum hat, um hier situativ auch in Zukunft langfristig tätig zu sein.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002060, 15.11.23 10:00:04]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 60 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.



30. Anzug 9 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend "Bâkert – Kantonale App für eine Sofortalarmierung der Polizei"

[15.11.23 10:00:18, 23.5467.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Lorenz Amiet das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Ich gehe davon aus, dass ich nicht der Einzige in diesem Saal bin, der die Rega-App installiert hat. Vermutlich hat niemand hier drin die App zur Alarmierung von Rettungskräften für allein Arbeitende, welche vor allem in der Forstwirtschaft und in anderen Branchen weitverbreitet ist. Und ich bin sicher, dass niemand hier drin schon sich im Alter fühlt, wo er eine App braucht, um Rettungskräfte zu alarmieren, wenn ihm etwas zustossen sollte. Diese drei Beispiele zeigen immerhin, die Technologie für Sofort-Alarmierungs-Apps ist vorhanden, sie ist auch in der Schweiz weitverbreitet.

Was ist jetzt der Unterschied bei diesem Vorstoss? Der Unterschied ist der Umgang mit sensitiven Daten. Es geht hier einerseits darum zu alarmieren, wie man das bei anderen Apps auch schon kann, aber es geht vor allem auch darum, die Daten der Alarmierung so aufzubewahren, dass sie nicht gegen Datenschutzgesetzgebung verstösst. Anderswo gibt es solche Apps schon. In den USA weitverbreitet, aber auch in der EU, in Spanien gibt es solche Apps, also sprich, es gibt Apps, die der EU-DSGVO entsprechen und damit auch der schweizerischen Datenschutzgesetzgebung.

Viele hier drinnen sind sich einig, dass die Sicherheitslage in Basel-Stadt, ich formuliere es jetzt einmal sehr vornehm, zu wünschen übriglässt. Das wird mittlerweile auch auf der linken Seite von einigen anerkannt. Wenn eine Situation zu wünschen übriglässt, dann muss man Massnahmen ergreifen, um die Situation zu verbessern. Man muss alle Massnahmen prüfen, die dazu dienen, das Ziel zu erreichen, dass Basel-Stadt wieder ein sicherer Ort ist, um zu leben und sich zu bewegen.

Insbesondere sollte man Massnahmen prüfen, welche günstig zu haben sind, welche einfach umzusetzen sind und diese hier gehört meines Erachtens dazu. Ja, es gibt Vorstösse, da kann ich bestens nachvollziehen, dass man dagegen sein kann. Bei dieser hier habe ich, das muss ich Ihnen offen zugestehen, wenig Verständnis. Ich habe insbesondere auch wenig Verständnis, dass die Regierung diesen Vorstoss nicht übernehmen will, zumindest mal die Idee zu prüfen. Vielleicht kann die geschätzte Frau Regierungsrätin mir das dann im Anschluss mal noch bilateral erklären. Es geht darum zu prüfen, was die Idee kostet, welcher Aufwand zu betreiben wäre, um eine solche Alarmierungs-App einzuführen. Ein solcher Vorstoss muss nicht viele Seiten lang sein, ist schnell geschrieben mit wenig Aufwand und vielleicht stellt man ja danach dann fest, dass die Idee gar nicht so blöd wäre. Wer weiss.

Nun, nach «Chrüzlistich» sehen Sie das in der Mehrheit anders, ich nehme das zur Kenntnis. Ich danke trotzdem mal denen, die meine Idee für Prüfwert halten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

21 Ja, 69 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002062, 15.11.23 10:04:09]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 69 Nein-Stimmen bei 21 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.



31. Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen

[15.11.23 10:04:24, 23.5472.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, diesen Anzug von Fleur Weibel im Namen meiner Fraktion, der SVP, und auch der LDP-Fraktion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Eigentlich haben Sie das Hauptargument, weshalb man dagegen sein muss, dass er überwiesen wird, bereits vorher bei einem anderen Vorstoss bewiesen. Sie haben einen Vorstoss von Felix Wehrli für Bodycams bei der Kantonspolizei nicht überwiesen. Das ist ein Element der Deeskalationsmöglichkeit, wenn man weiss, man wird gefilmt, dann herrscht generell mehr Zurückhaltung. Das gilt sowohl bei der Polizei vielleicht auf der einen Seite, aber ganz bestimmt auch bei den Demonstrierenden. Das haben Sie nicht überwiesen an den Regierungsrat. Vielleicht weil Sie etwas zu verheimlichen haben, ich weiss es nicht, aber genau mit diesem Vorstoss wäre eben Deeskalation bei Kundgebungen möglich gewesen, und zwar auf beiden Seiten, nämlich auf der Seite der Demonstrierenden, aber auch auf der Seite der Polizei. Und deshalb macht es nun aus unserer Sicht keinen Sinn, wenn Sie einen solchen Vorstoss an den Regierungsrat überweisen, das ist schlicht und ergreifend fast schon geheuchelt.

Und Frau Weibel, Sie nehmen es dann in Ihrem Vorstoss auch noch kurz auf, es gibt ja bereits einen Vorstoss, der sich mit der Deeskalation bei Kundgebungen befasst. Das ist der Vorstoss unseres geschätzten Ratskollegen Thomas Widmer-Huber, der vor einiger Zeit an den Regierungsrat überwiesen worden ist. Der befasst sich mit dem Thema der Deeskalation. Sie sehen dort das Problem darin, dass er sich «nur» mit den Demonstranten befasst und nicht mit der Polizei. Ja, aber hier muss ich sagen, die Polizei hat je nach Einsatz oder je nach Situation eine Einsatzbeurteilung vorzunehmen und setzt dann die geeigneten Mittel ein. Ich weiss, dass Sie von der Ratslinken der Meinung sind, die Polizei setzt meistens die falschen Mittel ein, ich glaube aber, die Polizei entscheidet im Falle einer Eskalation immer so, dass es in erster Linie um die Deeskalation geht. Das ist die Sache der Polizeileitung, das ist Sache der Einsatzleitung vor Ort und deshalb scheint es aus unserer Sicht auch nicht sinnvoll zu sein, wenn man nun einen Vorstoss grundsätzlicher Natur an den Regierungsrat überweist, der sich dann mit was genau befassen soll.

Das genannte 3D-Modell der Polizei funktioniert aus unserer Sicht zurzeit sehr gut. Man merkt, dass die Polizei einerseits weiterhin auch darauf schaut, dass es möglich ist, Kundgebungen im Kanton durchzuführen. Es sind immer noch eine Mehrzahl von Kundgebungen, die durchgeführt werden können, aber sie zeigt eben auch auf, dass wenn eine Kundgebung einerseits nicht bewilligt ist oder andererseits eskaliert, dass dann die geeigneten Mittel eingesetzt werden. Und wir möchten der Polizei diese Handhabe, so wie sie sie heute an den Tag legt, nicht wegnehmen und wir sind auch nicht der Meinung, dass nun der Regierungsrat uns aufzeigen muss, wann der Einsatz von Gummischrot gerechtfertigt ist und wann nicht, das entscheidet die Polizei vor Ort. Das können Sie, Fleur Weibel, nicht entscheiden, Sie sind dafür schlicht und ergreifen nicht kompetent genug, genauso wenig wie ich kompetent genug dafür bin. Es geht hier darum, dass das die Polizei vor Ort entscheiden muss. Dafür gibt es und kann es Situationen geben, es kann aber auch andere Möglichkeiten geben selbstverständlich und die werden ja dann auch entsprechend ausgeschöpft.

Deshalb glauben wir, braucht es diesen Anzug in dieser Form nicht, weil er in die operative Tätigkeit der Polizei zu stark eingreift und ich das nicht sinnvoll finde. Das wäre, wie wenn Sie jetzt dann künftig auch noch von der Polizei verlangen würden, dass sie uns berichten müssten, wie bei einem Verkehrsunfall die Polizei dann geeignete Mittel einsetzt, um die Unfallstelle zu sichern oder sicherzustellen, dass ein Beteiligter dann auch allenfalls vor Gericht zur Kasse gebeten wird. Wir glauben, hier geht es wirklich sehr stark um etwas Operatives, das in der Kompetenz der Polizei liegt. Wenn Sie mit der Polizeileistung insgesamt unzufrieden sind, dann sind ja schon bald wieder Wahlen im Kanton Basel-Stadt, dann können Sie für andere Mehrheiten sorgen im Regierungsrat, wobei Sie ja dort die Mehrheit haben, und darüber dann vielleicht auch etwas an der Polizeitaktik ändern. Ich glaube zwar nicht, dass dies der Fall sein wird.

Ich bitte Sie aber im Namen der SVP und der LDP, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Als Mitte/EVP-Fraktion unterstützen wir die Überweisung dieses Anzugs. Als ich von Fleur Weibel angefragt wurde, habe ich hin und her überlegt, ob ich den Vorstoss wirklich unterstützen soll, denn im Juni hatte der Rat ja, wie erwähnt, meinen Anzug überwiesen, der fordert, dass sich die friedlich Demonstrierenden von Vermummten und von Personen mit Schutzausrüstung distanzieren, grundsätzlich und auch räumlich.



Beim vorliegen Vorstoss geht es um Deeskalation auch in der Politik und dieses Anliegen unterstütze ich. Ich möchte jedoch festhalten, dass es beim 3D-Modell die Deeskalation und das Durchgreifen häufig gar nicht brauchen würde, wenn es nicht vermummte und gewalttätige Demonstrierende geben würde. Die Polizei hat auch eine Schutzfunktion. Sie kann in gewissen Situationen nicht einfach aus Distanz beobachten, sondern muss reagieren und eingreifen.

Von der Mitte/EVP-Fraktion verstehen wir die Unterstützung des Anzugs nicht als Kritik an der Polizei oder der Polizeidirektorin, es geht bei diesem Vorstoss um eine Auslegeordnung. Die Polizei stellt das 3D-Konzept vor als ihre Massnahmen betreffend Dialog, Deeskalation, Durchgreifen und sie legt dar, welche Optimierungen vorgenommen werden können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Demo-König muss ich natürlich auch kurz dazu reden. Wir reden auch hier wieder am Thema vorbei. Es geht um Demonstrationen. Es steht ja im Text, es steht im Anzug, dass Demonstrationen Basel sehr beschäftigen, aber wir reden am Thema vorbei. Sie müssen zuerst einmal eine Demonstration beantragen, wenn Sie das legal machen, und darum möchte ich noch zwei Sätze dazu sagen.

Ich bekam an den Kopf geschleudert 2016: Herr Weber, Sie dürfen in Basel keine Demonstration beantragen. Dann bin ich so wütend geworden und habe einen Anwalt genommen und habe dann die Pegida-Demo vor dem Rathaus beantragt. Und weil ich so wütend gewesen bin auf die Polizei, weil sie gesagt haben, Herr Weber, Sie dürfen kein Demo beantragen, aber ich gesagt habe, ich will auch, habe ich extra einen Grossratstag genommen 2016, wo wir dann 600 Polizisten hatten vor dem Rathaus, hinter dem Rathaus, Kostenpunkt 700'000 Franken. Ich habe nie vergessen, wie der Polizist gesagt hat, Frau Eymann, es wäre halt mal schön, wenn Sie auch zuhören, wenn es um das Thema Polizei geht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Erteilt Eric Weber den ersten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Die Polizei verhindert ja im Vorfeld, dass man überhaupt demonstrieren darf. Darum habe ich gesagt, ich ziehe mich zurück. Ich habe das schon gesagt 2018, ich habe nie mehr eine Demonstration beantragt. Das habe ich eingehalten und ich werde das auch weiterhin einhalten. Ich habe mich zurückgezogen, weil wenn wir hier zum Thema Demonstration reden, darf man sich als Grossrat nicht so behandeln lassen. Darum habe ich bewusst die Polizei reingelegt und die Polizei ist darauf reingefallen, weil ich die Demonstration beantragt habe vor dem Rathaus.

Ich war kurz beruflich abwesend bei der AFD und dann habe ich noch eine zweite Demonstration beantragt für den November 2018. Das war auch mein Kind, November 2018, weil ich eine Rechnung bekommen habe von 6'000 Franken. Und dort habe ich auch gesagt, Samstag ist viel los, kommen die Leute, auch meine Idee, Mustermesse auch, offene Strassen, dort gibt es Schlachten. Die Polizei hat dann gesagt, kommen Sie nicht, ich bin auch nicht gegangen, bin zu Hause geblieben und die Polizei hat die Demonstration an eine andere Partei abgegeben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat die Anzugstellerin Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Ich danke für die breite Unterstützung meines Anzugs gemäss «Chrüzlistich» und möchte jetzt auch nicht die Diskussion ewig verlängern. Ich möchte kurz auf Joël Thüning eingehen, der ja meinen Anzug ausführlich diskutiert hat. Als erstes kann ich Ihnen versichern, ich möchte überhaupt nichts verheimlichen, weder persönlich noch sonst, sondern der Anzug geht genau in die andere Richtung und das hat Thomas Widmer-Huber sehr schön ausgeführt. Es geht tatsächlich darum, Transparenz zu schaffen und durch die Transparenz auch Nachvollziehbarkeit herzustellen, weil wir uns im Moment in einer Situation befinden, wo die Diskussion völlig verhärtet ist. Die Fronten sind total unterschiedlich, die Einschätzungen sind total unterschiedlich und es findet im Moment kein Dialog mehr statt, sondern beide Seiten haben jeweils ihre Perspektive auf die Sachlage und so kommen wir nicht weiter.

Wir haben den Anzug von Thomas Widmer-Huber, wo es darum geht, sich auch nochmal zu überlegen, wie wir mit Demonstrierenden, Demos umgehen. Es reicht aber nicht, auf dieser Seite nur sich darüber Gedanken zu machen, wie wir die Deeskalation unterstützen können, sondern wir brauchen auch auf Seiten der Polizei Massnahmen. Es geht dabei auch überhaupt nicht darum, jetzt in das operative Geschäft der Polizei einzugreifen, sondern es geht darum, besser zu verstehen, wie das operative Geschäft der Polizei in Bezug auf Kundgebungen funktioniert und dann zu schauen, passt das so, weil im Moment nicht transparent dargelegt ist, wie genau die Polizei mit Demonstrationen umgeht und wie sie dabei das 3D-Modell von Dialog, Deeskalation und Durchgreifen umsetzt.



Ich glaube, die Diskussion ist auch ein bisschen sinnbildlich. Joël Thüring und ich, wir vertreten wahrscheinlich sehr unterschiedliche Perspektiven auch auf Demonstrationen. Ich finde es beispielsweise überhaupt nicht normal, wenn alle paar Monate in Basel-Stadt Gummischrot-Einsätze stattfinden. Das besorgt mich, ganz ehrlich gesagt, und ich möchte wirklich nicht, dass wir früher oder später in Basel-Stadt in der Situation sind, wo eine Person soweit durch Gummischrot geschädigt wird, dass beispielsweise ein Auge verloren geht. Solche Sachen möchte ich nach Möglichkeit verhindern und da geht es eben darum, dieser Deeskalation jetzt Raum zu geben, sich das anzuschauen und dann zu schauen, funktioniert das gut oder braucht es hier Optimierungen.

Ich danke Ihnen deshalb für die Überweisung meines Anzugs.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002064, 15.11.23 10:18:13]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 65 Ja-Stimmen bei 25 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

37. Anzug 16 Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie

[15.11.23 10:40:35, 23.5491.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Beat K. Schaller (SVP): Der Anzug verlangt vom Regierungsrat unter anderem zu prüfen, ob eine Taktverdichtung des Busses 36 möglich und sinnvoll wäre. Klar, wir wissen es, der Bus 36 ist tatsächlich überlastet. Jetzt mit dem Wort Taktverdichtung wird natürlich stillschweigend angenommen, dass die BVB genügend Buschauffeure aus dem Hut zaubern könnten. Dem ist leider nicht so. Mir ist ein Vorfall zugetragen worden, als ein Buschauffeur die Fahrgäste bei einer Haltestelle bat auszusteigen, da er am Ende seiner Schicht angekommen sei und keine Ablösung bereit stehe. Wie es scheint, könnte die Personaldecke der BVB doch nicht so hoch sein, wie es uns weiss gemacht wird. Die SVP wird auf jeden Fall bei diesem Thema am Ball bleiben. Auch der Einsatz von Doppelgelenkbussen ist nicht einfach von heute auf morgen zu bewerkstelligen, benötigen doch diese Busse aufgrund ihrer Grösse speziell geschulte Chauffeure.

Eine Schnellbus-Linie, welche nur an bestimmten radialen Tram- und Buslinien anhält, bedient natürlich weniger Haltestellen, mit anderen Worten, ist für weniger Passagiere interessant. Wer nicht an einer solchen Haltestelle aussteigen will, ist der Gelackmeierte. Der Bus fährt ja auf den gleichen Spuren und den gleichen Strassen, hält aber weniger an. Weniger Passagiere können ein- und aussteigen und es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie eine Reduktion des Angebots den ÖV attraktiver machen könnte. Wir geben Ihnen gerne einen Tipp, was Sie tun können, um den Bus 36 nicht noch zu verlangsamen, nämlich Tempo 30 generell nicht einführen. Das haben wir ja bereits gehört, dass wir dann massive Auswirkungen auf den ÖV haben.



Zur letzten Forderung nach der Umwidmung von Fahrspuren. Ja, Schlitzohrigen geht es ja nicht mehr, (man könnte sagen, der Wolf im Schafspelz) ein weiteres Salamischeibchen auf dem Weg, die Autofahrer aus unserem Kanton zu verjagen. Klar, es ist ja nur ein Anzug, prüfen und berichten, aber nehmen wir als Beispiel den Umbau des Rütimyerplatzes vor Jahren. Das war auch nur ein Anzug, da wurde dann die Bushaltestelle verlegt. Es entstand ein Chaos, die Bevölkerung wehrte sich, schlussendlich wurde die Haltestelle wieder zurückverschoben und der damalige Baudirektor sagte, ja, ich bitte Sie, das war ein Anzug, das mussten wir machen.

Dieser letzte Punkt ist für jeden, der für einen diversen und inklusiven Verkehr, der ohne Diskriminierung anderer Verkehrsformen auskommt, brandgefährlich und unbedingt abzulehnen. Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Ein guter und schneller ÖV ist enorm wichtig für unsere Region. Wir haben Klimaziele, die wir erreichen möchten, wir haben eine wachsende Bevölkerung. Die Bevölkerung nimmt zu, weil es auch attraktiv ist, im städtischen Zentrum zu wohnen und der ÖV muss dies auffangen können. Wir haben im Umweltschutzgesetz auch verankert, dass wir keine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs möchten. Wir können uns das in Anbetracht der Klimaziele auch nicht leisten, daher müssen wir beim ÖV Verbesserungen machen, wo es sinnvoll ist.

Die Massnahmen, die im Anzug vorgeschlagen werden, das sind sehr günstige Massnahmen. Es sind Massnahmen wie beispielsweise Umweltpuren, die den ÖV schneller machen, die ihn auch zuverlässiger machen. Es sind Massnahmen, wie zum Beispiel der Expresskurs, die durchaus sehr gut und einfach machbar und umsetzbar sind. Diese Lösung, ein Expresskurs, eine Schnellbus-Linie hat sich auch auf anderen Linien, beispielsweise auf der Linie 30, teils auch schon bewährt. Es ermöglicht auch ein sehr effizienter Einsatz von Bussen und Personal und hinzu kommt noch, dass die Buslinie 36 eine Linie ist, wie auch schon im Anzug geschrieben steht, die von sehr vielen Leuten benutzt wird. Daher sind diese Massnahmen auch so, dass sie tatsächlich vielen Leuten auch einen Nutzen bringen werden und viele Leute davon profitieren würden.

Daher werden wir als GAB diesen Anzug überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugsteller Tim Cuénod das Wort.

Tim Cuénod (SP): Zuerst einmal möchte ich sagen, dass ich mich über den breiten Support für diesen Anzug ausgesprochen freue. Ich glaube, er ist auch im Interesse gerade all derjenigen, die in den Basler Aussenquartieren wohnen, die entlang der 36er-Busstrecke liegen. Anzuerkennen ist, dass es beim 36er in den letzten Jahren ein, zwei Verbesserungen gegeben hat, insbesondere eine Taktverdichtung am Abend und Zusätze in den Abendstunden und zusätzlich auch jetzt die modernen und attraktiven Busse. Gleichwohl ist der 36er zum Teil auch nicht unerheblich überlastet zu gewissen Zeiten, was dann auch dazu führt, dass er dann deutlich langsamer ist. Weil wenn Sie einen überlasteten Bus haben, bis dann die Leute ein- und ausgestiegen sind an den Haltestationen, das wird dann ausgesprochen umständlich und das macht die Linie natürlich dann wiederum unattraktiver, wenn die Busse dann wesentlich länger haben, als das sowieso schon der Fall ist.

In einem Punkt vielleicht hat Kollege Beat K. Schaller recht, es gibt heute zu wenig Buschauffeure. Allerdings ist das ein Anzug, der innerhalb von zwei Jahren den Regierungsrat bittet zu prüfen und zu berichten, wie man die Situation beim 36er verändern könnte. Es geht hier also um eine mittel- und langfristige Perspektive. Es geht darum zu schauen, ob wir eine Taktverdichtung hinkriegen, das gibt es übrigens ja auch bei anderen Buslinien, zum Beispiel dem 30er, es geht um die Frage, wäre nicht eine vollständige Ringlinie attraktiv.

Die Frage der Schnellbus-Ringlinie, es wäre nicht gedacht, dass man damit den bestehenden 36er ersetzt, sondern das wäre ein Zusatzangebot, was ermöglichen würde, eine schnellere Verbindung gerade auch auf dieser Ringlinie, dass man dort etwas schneller vorankommt. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die finden, man sollte bei der S-Bahn-Entwicklung unbedingt eine Ringlinie oder derartiges machen. Ich halte die aktuellen Planungen diesbezüglich für sehr gut und ich hoffe auch, dass man in Bern damit Erfolg haben wird. Ich denke allerdings, was die Busverbindung anbelangt, wäre eine gewisse Ringlinie-Verbindung mit Express-Bussen durchaus prüfenswert.

Ich bin da sehr gespannt auf die Abklärungen des BVD und da insbesondere eben kurzfristig, erhoffe ich mir, das wichtigste kurz- und mittelfristig wäre eine Taktverdichtung zu Stosszeiten und die anderen Fragen sind aber wirklich grundlegender zu prüfen. Wobei mir auch bei der Taktverdichtung bewusst ist, dass das nur machbar ist, wenn man genügend Busfahrerinnen und Busfahrer hat.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 19 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002074, 15.11.23 10:51:02]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 72 Ja-Stimmen bei 19 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

32. Anzug 11 Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum

[15.11.23 10:18:27, 23.5473.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Patrizia Bernasconi (GAB): Auch wenn die Forderung so per se genommen verfangen kann, möchte ich diesen Anzug trotzdem bestreiten. Es gibt drei Punkte, die mich an diesem Anzug triggern.

Punkt 1. Renditedeckelung. Darunter können nur zwei Sachen gemeint sein. Entweder die vom Mietrecht limitierte Mietzinsrendite oder der vom Wohnschutz vorgesehene Schutz von bezahlbarem Wohnraum. Beide sind klar, sind aber klare Missbrauchsgesetzgebungen. Sie haben beide, ob es Ihnen gefällt oder nicht, eine Berechtigung. Wenn Sie einen Grund für die vermeintliche Investorenmisere brauchen, sollten Sie diese besser beim Zinsumfeld suchen.

Punkt 2. Das Vertrauen der Investoren zurückgewinnen. Dafür soll eine Spielwiese offeriert werden, diejenige der leeren Büroräumlichkeiten. Vor meinen Augen habe ich Projekte, wie jene in Bahnhofsnähe, dort sind Büroräumlichkeiten in Appartementwohnungen mit Service umgebaut worden. Wohnungen für kurze Bleibedauer, die nicht dem primären Wohnungsmarkt dienen. Oder auch das von einem Tessiner Investor initiierte Projekt im Raum Claraplatz. Dort sollen teure Einzimmerwohnungen entstehen, die sich niemand leisten kann.

Punkt 3. Die richtigen Fragen stellen. Da sind wir uns einig, nur dass die Fragen, die ich mir stelle, ganz anders sind als diejenigen, die dieser Anzug stellt. Bei mir geht es um bezahlbaren Wohnraum, auch für diejenige Personen, die im Moment kein Dach über dem Kopf haben. Das Thema wird auch noch von der Petitionskommission behandelt werden. Aber renditeorientierte Investoren helfen da nicht mit.

Ich möchte, anders als in diesem Anzug, eine bevölkerungsorientierte Wohnpolitik, die die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt, nicht eine Wohnpolitik, die einzig dem Profitbedürfnis der Investoren dienen soll.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Auch wir von der SP-Fraktion bestreiten diesen Anzug. Erlauben Sie mir zwei Bemerkungen vorneweg. Um es klarzustellen, wir begrüssen Wohnprojekte, die aus Umnutzungen von Büro und gewerblichen Strukturen hervorgehen. Dies klar auch aus wohnpolitischen Überlegungen, aber vor allem auch aus ökologischen Gründen, Stichwort graue Energie.

Aber, und das ist der zweite Punkt, es gibt in der Wohnpolitik keine falschen Fragen. Und genau das wird in diesem Anzug suggeriert. Es ist gerade die Eigenheit der Politik, die gestellten Fragen politisch zu beurteilen und zu beantworten. Dieser Anzug unterstellt dem Staat explizit, sich mit falschen Fragen zu beschäftigen. Genau dieser Duktus und das ideologische



Narrativ zu einer sachlichen Fragestellung fassen das Grundproblem dieses Anzuges ganz gut zusammen. Dieser Anzug ist Effekthascherei, das ist Symbolpolitik und das lehnen wir ab.

Wichtig, die Frage, die hier gestellt ist, ist nicht falsch, aber wir kennen doch die zentralen Hinweise bereits aus der Beantwortung der Interpellation Nr. 78 betreffend Umnutzung von Büro zu Wohnraum. Diese Interpellation war also das richtige Instrument und deshalb braucht es diesen Anzug nicht. Die nachfolgenden Erläuterungen von mir stützen sich dann auch hauptsächlich auf diese Informationen aus dieser Beantwortung oder von Studien, die bereits von unserem Präsidiatdepartement in den letzten zehn Jahren in Auftrag gegeben wurden, oder von der Credit Suisse oder WüestPartner durchgeführt wurden.

Betrachten wir das Potenzial, das ist der Kern dieses Anzuges, das kennen wir. Wir kennen auch aus der Antwort der Interpellation das hauptsächlichliche Problem, das ist die Realisierung. Es sind nämlich nur etwa fünf bis 25 Wohnungen pro Jahr. Das Potenzial wurde damals viel höher abgeschätzt, das heisst, die Realisierung liegt etwa die Hälfte unterhalb dieses Potenzials. Die Herausforderungen sind auch klar, es ist vor allem der Anreiz des sogenannten Marktes. Es sind die Baukosten, die nur geringfügig kleiner sind, es sind die Lagequalitäten, Stichwort Lärm- und Schadstoffbelastungen. und es ist die bauliche Konstruktion und diese Eignung. Also Informationen über die Herausforderung und Best-Practice sind vorhanden, übrigens auch auf einer bereits existierenden Homepage unser Präsidiatdepartements.

Wieder konkret zurück zu diesem Anzug. Was möchte er eigentlich und da steht ganz konkret, wie sich die Leerstände von Büroräumlichkeit in Zukunft entwickeln. Erste Forderung, zweite Forderung, wie gross das zukünftige zusätzliche Potenzial in Bezug auf die Umnutzung von Büroflächen zu Wohnraum sein könnte. Also ich weiss jetzt echt nicht, zu a), zur ersten Vorfrage. Wir erheben doch schon lange Leerstandsquoten zu Geschäftsräumen sowie zu Wohnraum, und b) wir kennen, wie gesagt, das Potenzial, wir kennen auch die Herausforderungen und deshalb verstehe ich jetzt wirklich nicht, was der effektive Beitrag dieses Anzuges ist. Vor allem, und das möchte ich betonen, weil die echten Hemmnisse, nämlich die baurechtlichen Voraussetzungen, und das betrifft alles, Bauen im Bestand, also Sanierungen, Aufstockung, Umnutzung, überhaupt mit keinem Wort erwähnt wurden.

Nochmals ganz konkret zurück zu diesem Anzug. und da graut mir ähnliches wie Patrizia Bernasconi, Programm für das Vertrauen der Investoren. Also ich möchte mir das echt nicht ausmalen, wie wir jetzt mit Steuergeldern hier anfangen, Renditeorientierte, die anscheinend das Vertrauen verloren haben, zu subventionieren. Aus all diesen Gründen ist dieser Anzug im besten Fall ein weiteres Beschäftigungsprogramm für unsere Verwaltung. Es ist ein weiterer positionspotential Studientiger und im allerschlimmsten Fall ein Eigentümersubventionsprogramm. Beides entspricht nicht meinen sozialdemokratischen, aber auch liberalen Weltbildern.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Die FDP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug zu überweisen. Nicht jetzt unbedingt, weil wir der Meinung waren, dass es diesen Anzug braucht, auch ich war am Anfang ein bisschen überrascht, wieso man jetzt schon wieder mit einem Anzug kommt, der die Büroflächen zum Thema macht. Wir hatten schon diverse Abklärungen in diesem Bereich, auch der HEV Basel-Stadt hat zusammen mit der Regierung schon Erhebungen gemacht, wie viel Potenzial besteht.

Ich war aber dann überrascht, dass die Regierung sich bereit erklärt hat, diesen Anzug zu übernehmen und ich erhoffe mir aus der Beantwortung des Anzuges, dass darüber hinaus auch Fragen beantwortet werden, die zum Beispiel von meinem Vorredner angesprochen wurde, wie sieht es baulich aus. Das Haupthindernis im Moment für solche Umnutzungen sind baurechtliche Vorgaben, weil Sie können nicht einfach in einen Büroraum eine Wohnung einbauen und sobald sie umnutzen und umbauen müssen, dann muss der Eigentümer Kosten in die Hand nehmen und das führt dazu, dass es dann nicht zwingend günstigen Wohnraum gibt. Und da bin ich auch mit meiner Vorrednerin einig, wenn wir mehr Wohnungen brauchen, dann vor allem im preisgünstigen Segment und nicht im Segment, wo eher teurer Wohnraum angeboten wird.

Aus diesem Grund bin ich zwar skeptisch, ob der Anzug wirklich das bringt, was man sich verspricht, aber ich hoffe, dass die Regierung in diesem Bereich Antworten liefern kann.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugsteller Adrian Iselin das Wort.

Adrian Iselin (LDP): Der Kanton Basel-Stadt befindet sich in einer Wohnungsnot mit einem Wohnungsleerstand von 1,5 Prozent oder weniger. Die Bevölkerung wächst gemäss mittleren Bevölkerungswachstumsszenario weiter auf 224'000 Personen im Jahr 2045. Der Kanton ist also aufgrund der wirtschaftlichen Prosperität und des damit verbundenen Bevölkerungswachstums auf die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum angewiesen.



Der Nachfrage nach Wohnraum steht die Nachfrage nach Wirtschafts- und Büroflächen gegenüber. Die aktuellen Leerstände auf dem Büromarkt würden sich gemäss Aussage des Regierungsrates sowohl in nationalen als auch im internationalen Vergleich in einer gesunden Bandbreite bewegen. Die Frage ist aber, Ivo Balmer, wie sich diese Leerstände in Zukunft entwickeln werden. Die sich stetig weiter entwickelnde IT-Technologien sowie der Wunsch der Mitarbeitenden nach mehr Flexibilität sind ein Treiber des New Ways Of Working. Die Entwicklung hin zu Remote Working und Homeoffice sind bereits heute ein Fakt und die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass beides funktioniert. Remote Worker, wie ich es bin, brauchen gar keinen physischen Arbeitsplatz mehr in einem Büro. Mitarbeitende, welche einige Tage in der Woche von zu Hause aus arbeiten, benötigen keinen eigenen festen Arbeitsplatz mehr, sondern können einen Arbeitsplatz mit anderen Mitarbeitenden teilen.

Die Industrie in Basel rechnet deshalb bereits heute nicht mehr mit einem Mitarbeitenden pro Arbeitsplatz, sondern mit 1,4 bis 1,8 je nach Branche. Es ist also naheliegend, dass sich der Bedarf an Büroflächen in Zukunft massiv verringern könnte. Dazu kommt, dass nach der Konzentration der Büros von Roche und Baloise auf dem eigenen Campus viele Büroflächen in der Stadt frei wurden. Novartis lässt geeignete Fremdnutzungen zu, was wahrscheinlich ebenfalls zu Büroumzügen aus der Stadt auf den Novartis Campus führen wird. Startups finden zudem im Stücki-Areal günstige Bedingungen. Bei all dieser Entwicklung werden wir in Zukunft mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit zu viele leerstehende Büroflächen in Basel haben.

Es fragt sich deshalb, Ivo Balmer, wie hoch das zukünftige Umnutzungspotenzial im Stadtkern ist. In Zeiten der Wohnungsnot muss der Staat die richtigen Fragen stellen und gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren Industrie, Gewerbe, Investoren, etc. Szenarien ausarbeiten und Lösungsansätze entwickeln. Fragen, wie sich die Mitarbeiterzahlen der Industrie in Basel entwickeln könnten, müssen der Industrie direkt gestellt werden. Wo arbeiten die Bewohner von Basel in Zukunft, zu Hause oder am Arbeitsplatz? Wo wohnen Sie, mit welchen Verkehrsmitteln fahren Sie zur Arbeit? Wo gehen die Kinder in die Kita, Tagesstruktur, Kindergarten und zur Schule? All diese Fragen betreffen die Infrastruktur des Kantons und haben einen Einfluss auf die Wohnraumplanung. Ich bitte den Regierungsrat deshalb, die Szenarien der Bevölkerungsentwicklung bis zu 40'000 Einwohner mehr bis 2045 durchzudenken und die Infrastrukturen planerisch zu erfassen.

Zum Schluss möchte ich mich für die breite Unterstützung bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken und bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Ivo Balmer (SP): Haben Sie nicht das Gefühl, das Potenzial, das ist bewiesen und es kann sein, dass es noch steigt, das Konkrete ist aber die Realisierung und dazu steht leider kein Wort in Ihrem Anzug.

Adrian Iselin (LDP): Mein Anzug ist eine Folge auf die Antwort auf meine Interpellation, wo der Regierungsrat gesagt hat, dass über die letzten zehn Jahre rund etwa 25 bis 30 neue Wohnungen geschaffen wurden aus der Umnutzung. Und ich glaube, das erkennt einfach das Potenzial vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

44 Ja, 43 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002066, 15.11.23 10:34:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir haben den Anzug überwiesen mit 44 Ja-Stimmen bei 43 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

33. Anzug 12 der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission betreffend Transparenz über den Einsatz von algorithmischen Systemen in der Verwaltung

[15.11.23 10:35:18, 23.5474.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

34. Anzug 13 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Mobile Spielplätze

[15.11.23 10:35:10, 23.5475.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

35. Anzug 14 Balz Herter und Konsorten betreffend gemeinsames Wachsen von Bevölkerung und Sicherheit

[15.11.23 10:35:19, 23.5479.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

36. Anzug 15 Balz Herter und Konsorten betreffend Vorbereitung auf Extremwetterereignisse

[15.11.23 10:35:41, 23.5480.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lisa Mathys.



Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion lehnt die Überweisung dieses Vorstosses ab. Wir sind realistisch genug zu wissen, dass er überwiesen werden wird. Unsere Bedenken gehen hier also vor allem zuhänden des Regierungsrates, dem die Beantwortung dann obliegt.

Die SP-Fraktion findet es angebracht, dass angesichts der sich häufenden Extremwetterereignisse die Funktionstüchtigkeit der entsprechenden Einsatzorganisationen überprüft werden muss. Wir würden jedoch hoffen, dass dies sowieso geschieht und die Regierung handeln würde, wenn es Bedarf dafür gäbe. Es ist also etwas unklar, wieso es diesen Vorstoss überhaupt braucht, aber das ist nur mal das eine.

Des Weiteren stört sich die SP-Fraktion daran, dass der Anzug schon sehr eindeutig einfach auf die Anschaffung neuer Gerätschaften abzielt und ein bisschen der Eindruck entsteht, dass da einfach prinzipiell mal die Aufstockung der Ressourcen finanzieller und personeller Art im Zentrum des Interesses stehen und es ist nun mal generell so, dass man die Ressourcen nicht allein an Extremereignissen ausrichten kann. Auch hier wäre es angezeigt, einen Unterbestand an Geräten, Fahrzeugen und Personal zu beheben. Wir würden erwarten, dass es die Regierung von sich aus beschliesst oder vorschlägt. Es geht also nicht um ein generelles Bestreiten des Anliegens an sich.

Last but not least, von unseren Kritikpunkten: Im Titel und in der Einführung ist von Extremwetterereignissen die Rede. In den ganzen Forderungen geht es dann aber plötzlich um Naturereignisse und mit Verlaub, das ist nun halt wirklich nicht dasselbe. Das macht diesen Vorstoss zusätzlich etwas diffus aus unserer Sicht. Es ist nicht klar, warum es bei den Prüfungsaufträgen plötzlich um «normale Naturereignisse» geht, was den zuvor schon erwähnten Eindruck bestärkt, der doch einige Fragezeichen zurücklässt.

Die SP-Fraktion wird den Vorstoss deshalb ablehnen. Nichtsdestotrotz freut es uns sehr, dass nun scheinbar alle hier anerkennen, dass es eine Häufung von Extremwetterereignissen gibt. Das war ja auch nicht immer so.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugsteller Balz Herter das Wort.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich bedanke mich herzlich für die Aufnahme dieses Geschäftes. Ausser die SP sind ja zum Glück alle dafür und sehen den Sinn und Zweck dahinter, dass man in diese Richtung vorwärts macht, dass man neues Material, anderes Material beschafft. Ich glaube, der Fokus ist in den letzten Jahren irgendwo anders gewesen.

Man hat festgestellt, dass es deutlich mehr Starkwetter gibt, Extremwetter gibt. Wir haben es diesen Sommer gesehen, an einem Abend 160 Einsätze, 80 Bäume, die es genommen hat und wir haben in unserem Kanton einen einzigen Kranwagen, der so irgendetwas abschaffen kann. Von dort her muss man auch neue Mittel beschaffen. Wir müssen bereit sein für die Zukunft, es werden noch andere Herausforderungen kommen. Wir haben auch Brände in Wäldern und neuerdings auf irgendwelchen Grünflächen bei uns. Das ist auch etwas wegen den langen und trockenen Sommern, wo wir gewappnet sein müssen und auch entsprechende Materialien anschaffen müssen spezifisch auf diese Ereignisse.

Ich bitte um Überweisung dieses Anzuges.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002072, 15.11.23 10:40:47]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 59 Ja-Stimmen bei 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.



38. Anzug 17 Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen"

[15.11.23 10:50:52, 23.5492.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

39. Anzug 18 Eric Weber betreffend Rathaus-Turm öffentlich machen

[15.11.23 10:51:16, 23.5493.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Die Touristen in Basel fragen, wo ist der Ratskeller. Die Touristen fragen, wie komme ich auf den Rathaus-Turm. Wenn Sie selber Tourist sind in anderen Städten, können Sie auch auf den Rathaus-Turm, auf die Kirchtürme, aber in Basel ist es nicht möglich. Diese Missstände möchte ich mit diesem Anzug sofort beseitigen und ich bitte Sie um Ihre Hilfe.

Unser Rathaus ist innen tot. Das Rathaus muss nicht nur für uns Grossräte da sein. Die Basler Regierung lebt es ja vor, dass unser Rathaus bei jeder Fasnacht seit 100 Jahren zu einem gesellschaftlichen Anlass mit Prominenten und Ehrengästen wird, aber die Bevölkerung bleibt vor verschlossenen Türen.

Mein Anzug will nun offene Türen. Sie kennen mich, Sie wissen, ich habe gute Ideen, aber ich bin scheinbar von der falschen Partei. Darum habe ich beschlossen, auch nicht mehr zu kandidieren, das soll die Partei massvoll machen.

2015 war der Tag der offenen Tür hier im Rathaus. Rund 90'000 Menschen stürmten das Rathaus für die Besichtigung. Sie sehen, es geht. Leider war ich gerade zu diesem Zeitpunkt in den Ferien und konnte nicht am Tag der offenen Tür teilnehmen. Mit ein paar leichten Umbauarbeiten, Türen zu machen zur Rathausverwaltung, ist der Turm für Touristen begehbar und oben können dann schöne Basler Postkarten verkauft werden. Pro Tag kommen an die tausend Touristen auf den Turm. Das sind im Jahr rund 300'000 und wenn jeder Bürger drei Franken bezahlt, dann sind das pro Jahr eine Million mehr im Staatshaushalt. Unten beim Eingang kann man einen Ehrenamtlichen hinsetzen, es gibt ja so viele Ehrenamtliche in unserem Kanton, die wollen alle arbeiten.

Ich meine es nur gut. Schauen Sie her, jedes Parlamentsmitglied hat Besuche auf der Tribüne. Und oft werde ich gefragt von meiner Besuchergruppe, können wir bitte auch auf den Turm. Fehlanzeige. Können wir bitte in den Rathauskeller, was essen und trinken. Fehlanzeige.

Als Grossrat ist man hier, um die Sachen für die Menschen zu verbessern. Und so bitte ich Sie erneut, springen Sie über Ihren Schatten, öffnen Sie die Türen hier im Kantonsparlament und hier im Rathaus. Wenn es in zehn Jahren endlich der Fall ist und ich dann nicht mehr hier bin, bitte denken Sie daran, es war Grossrat Eric Weber, der den Ball ins Rollen brachte, dass die Originalidee von mir kam. Wenn das nicht erwähnt wird, schreibe ich einen Leserbrief. Also bitte, geben Sie sich einen Ruck, wählen Sie für meinen guten Anzug, denn er hat es wirklich in sich. In der Legislatur 2013 bis 2017 stimmten viele Grossräte für meine Anliegen, wie Roland Lindner, unser Architekt, oder Peter Bochsler von der Partei DSP.

Das wäre meine Begründung, ich weiss, wovon ich spreche. Ich würde auch gerne auf den Rathaus-Turm. Ich war das letzte Mal auf dem Rathaus-Turm 2015, als Frau Canton mir ihn freundlicherweise geöffnet hat für meinen persönlichen Besuch, aber es sind ja nicht nur Grossräte, die dieses Anliegen haben, sondern auch die Bevölkerung. Ich finde es einfach traurig. Wir haben ein wunderschönes Gebäude und wir können nicht auf den Turm.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002078, 15.11.23 10:57:28]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 62 Nein-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

40. Anzug 19 Eric Weber betreffend der Plan von einer abgekühlten Stadt

[15.11.23 10:57:10, 23.5494.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Eric Weber das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe Esther Keller gesagt, ich finde den Spruch sehr schön, Beschatten, Begrünen und Bewässern. Sie können es lesen, ich muss das jetzt hier nicht vorlesen, obwohl ich es vorlesen dürfte, weil die Leute es nicht gelesen haben. Auch da werde ich keinen Erfolg haben, aber ich habe es abgegeben. Ich kann sagen, ich bin das Original.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002080, 15.11.23 10:59:00]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 59 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.



41. Anzug 20 Eric Weber betreffend Lärm verursacht Stress und macht krank

[15.11.23 10:58:44, 23.5495.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Der Anzugsteller Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe mir auch zu diesem Anzug viele Gedanken gemacht. Warum wird die Bevölkerung nicht respektiert? Ich habe viel gelesen und habe folgendes festgestellt: Die meisten Leute haben leider nicht einen Wohnort an einer lauten Strasse, weil 50 Prozent von uns Grossräte, aber nicht ich, wohnen in Riehen oder auf dem Bruderholz. 2012 habe ich an der Feldbergstrasse gewohnt in einer WG und habe gemerkt, wie laut die Strasse ist. Ich habe auch recherchiert, wer jetzt an der Feldbergstrasse wohnt. Es ist nur unser zukünftiger Grossratspräsident, Balz Herter, mit Frau Brandenburger, die sind an der Feldbergstrasse gemeldet, wie ich das früher auch gewesen bin. Sie wissen gar nicht, wenn Sie auf dem Bruderholz wohnen oder in Riehen, wie laut solche Strassen in Kleinbasel sind.

Sie reden hier immer, ich bekomme es ja mit, von Klimakrise, Lärm und darum muss ich mich hier auch einbringen und sagen, es ist einfach zu laut, zu viele Autos. Sicherlich sind die meisten Grossräte reich und privilegiert und wohnen darum laut Statistik nicht in Kleinbasel, sondern in Riehen oder auf dem Bruderholz. Zum Lärm habe ich geschrieben: «Wer an einer stark befahrenen Strasse wohnt oder in einer Industriehalle arbeitet, erlebt, wie belastend andauernder Lärm sein kann.»

Und wenn man so lange im Grossrat ist, wird man ja irgendwie dazu erzogen. Schon in der Schule, im Gymnasium und jetzt auch hier im Parlament höre ich immer nur das Wort Klima, Klima, Klima, nochmal Klima und die Leute beklagen sich dann bei mir, dass es zu viel ist und dann habe ich gefunden, ja gut, dann muss ich auch noch etwas machen zum Thema Klima und Lärm. Hier geht es um Lärm. Zum Schluss sage ich ja in diesem Anzug: «Wenn wir uns anschauen, wie viele Menschen sich in Basel durch Lärm in ihrem alltäglichen Umfeld gestört fühlen, dann ist es eine ganz erhebliche Zahl. Vom Strassenverkehr fühlen sich drei Viertel beeinträchtigt. 20 Prozent davon sogar ganz erheblich.»

Und wenn ich hier in Basel mich informiere in den Zeitungen, heisst es ja immer, es sind zu viele Autos und dann sehe ich immer den Kampf zwischen Linken und Bürgerlichen. Die Linken wollen die Autos und Strassen entfernen und die Bürgerlichen wollen noch mehr Autos und Strassen und dann sehe ich da einfach, wie sich alle im Kreis drehen. Und darum sage ich: «Da die Lärmschutzbemühungen in den letzten Jahren nicht genügend waren, muss nun was gemacht werden.» Also man kann nicht immer nur Reden, weniger Autos oder mehr Autos, man muss auch über den Lärm reden. Und wenn Sie halt so reden, rede ich dann auch so und bringe das als Thema «Anzug betreffend Lärm verursacht Stress und macht krank». Das habe ich auch gemerkt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002082, 15.11.23 11:03:20]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 61 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.



42. Anzug 21 Eric Weber betreffend Sauber Stadt Basel – Bussgelder für Kippen-Sünder

[15.11.23 11:03:03, 23.5496.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Eric Weber das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Jedes Jahr wird es schlimmer, die Menschen lassen einfach alles fallen, so auch die Zigaretten. Zum Glück bin ich seit Kindheit Nichtraucher und ich habe dieses Problem nicht. Ich glaube, ich machte schon eine schriftliche Anfrage oder ein Anzug, dass man die Basler Mülleimer umrüstet, dass dort die Zigaretten fachgerecht entsorgt werden können. Ich erinnere Sie an die Sowjetunion. Es war bekannt, wer dort im Jahre 1960 in der Sowjetunion nur eine einzige Zigarette auf den Boden warf, wurde sofort von der Polizei bestraft. Das ist bekannt. Aber bei uns im schönen Basel kann jeder machen, was er will, daher auch dieser Anzug, das ist ganz wichtig.

Dieser Anzug liegt mir sehr am Herzen. Dieser Anzug kommt aus einer inneren Haltung und Überzeugung für ein sauberes Basel. Was sollen die vielen Touristen denken, die mit dem Schiff von Amsterdam in Basel ankommen und dann in diese Stadt kommen, die nicht mehr sehr sauber ist. Die Strafen für Müll entsorgen sind viel zu lasch. Ich weiss das, denn ich habe noch nie in meinem Leben eine Müllmarke gekauft. Das ist alles viel zu teuer. Und ich sage bewusst Müllmarke, weil es bei Ihnen Bebbi-Sack heisst. Aber die meisten, die in Basel wohnen, wissen gar nicht, was ein Bebbi-Sack ist.

Viele meiner Eingaben wurden abgelehnt von der Parlamentsverwaltung, weil es hiess, das wären keine Schweizer Worte. Man muss sich das mal vorstellen. Daher sage ich nochmals, als Journalist, auch bei diesem Anzug, muss man halt Wörter verwenden, die auch Migranten verstehen, die man überall versteht und ich darf doch davon ausgehen, dass Sie alles Mögliche machen, um die lieben Migranten zu verstehen und diesen zu helfen. Darum sage ich Müllmarke und nicht Bebbi-Sack.

Es ist einfach so, das Thema mit den Zigaretten ist jetzt sehr aktuell. Letzten Samstag haben Sie ja mitbekommen, dass der Regierungsrat schon Antwort gegeben hat, und es heisst in dieser Antwort zum Thema «Wie sagt der Kanton den Kippen den Kampf an», der Kanton beschafft nur noch 110-Liter-Abfallkübel mit Aschenbecher. Ich frage dann zum Thema Zigaretten auf den Boden werfen, was zahlen Müllsünder in Basel im Regelfall, wenn sie erwischt werden, wenn sie Zigaretten auf den Boden werfen, oder ist das in Basel noch straffrei? Und die Regierung sagt, die Busse beträgt 80 Franken. Aber ich würde gerne wissen, wie viele Leute in Basel die 80 Franken bezahlt haben, die eine Zigarette weggeworfen haben.

Und hier wird irgendwie zu wenig gemacht und darum sage ich auch: Vielen Rauchern sei gar nicht bewusst, welchen Giftcocktail sie da zu Boden werfen. In allen herkömmlichen Zigaretten sei weit mehr enthalten als nur Tabak. In einem Zigarettenstummel stecken mehrere tausend Giftstoffe, etwa Nikotin, Blei, Chrom, Arsen oder Benzol. Je nach Lage und Witterung könne es viele Jahre dauern, bis sich ein kleiner Stummel vollständig zersetzt hat. In dieser Zeit werden die Giftstoffe freigesetzt. Sie gelangen über die Böden bis ins Grundwasser Basels. Die Kosten der Entfernung trägt der Kanton, somit auch jeder einzelne Bürger.

Ich habe auch diesen Anzug gemacht, weil man hier in Basel immer zum Thema Klima, Umwelt, Strassenbegrünung redet und dann verinnerlicht man das und dann sagt man, es gibt da ein Problem mit den Zigaretten. Vielen Rauchern ist gar nicht bewusst, welchen winzigen Giftcocktail sie da zu Boden werfen. Das beschäftigt immer mehr Menschen, insbesondere auch die Kinderspielplätze, weil auf diesen Kinderspielplätzen auch viele Zigaretten herumliegen. Es sind nicht nur Kondome und Spritzen, die herumliegen, sondern auch Zigarettenstummel.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002084, 15.11.23 11:09:11]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 68 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

43. Anzug 22 Daniel Albiets und Konsorten betreffend Fusion von IWB, Primeo/EBM sowie EBL

[15.11.23 11:08:57, 23.5505.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Daniel Sägesser (SP): Ich spreche sowohl für die SP wie auch für das GAB. Wir erkennen keine schlüssigen Gründe, welche für eine solche Monsterumstrukturierung sprechen würden und eine Monsterumstrukturierung wäre es. Drei Firmen, zusammen rund 2'000 Mitarbeitende, über zwei Milliarden Franken Jahresumsatz, unterschiedliche Gesellschaftsformen, unterschiedliche strategische Ausrüstungen, komplett unterschiedliche Rechtsgrundlagen von zwei verschiedenen Kantonen. Eine solche Fusion wäre mindestens ein Generationenprojekt sowohl für die Politik wie auch für die drei Unternehmen selber. Für eine solche Übung müsste man schon sehr offensichtliche Vorteile nennen können. Die Begründung, mehr gross, mehr besser reicht bei weitem nicht.

Der Vorstoss verkennt auch mittelfristig absolut unüberwindbare Hindernisse einer solchen Fusion. Die Primeo hält aktuell 20 Prozent der Alpiq und diese wiederum 27 Prozent am AKW Leibstadt und sogar 40 Prozent am AKW Gösigen. Theoretisch gäbe es zwei Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen. Erste Variante, die Primeo verkauft vor der Fusion ihre indirekten Beteiligungen an den Atomkraftwerken. Da kann man nur sagen, bonne chance an die Weidenstrasse. Oder die zweite Variante, Sie kippen den Paragraph 31 Abs. 3 aus der baselstädtischen Kantonsverfassung, welcher vorschreibt, dass sich der Kanton gegen die Nutzung der Atomenergie wenden muss und keine Beteiligungen an AKW halten darf. Auch hier wünschen Ihnen die Fraktionen der SP und GAB bonne chance. Auf diesen Abstimmungskampf würden wir uns freuen.

Ebenso problematisch bei einer Fusion sind die kantonal gänzlich unterschiedlichen energie- und klimapolitischen Zielsetzungen, bei deren Erreichung die Energieversorger eine ganz zentrale Rolle spielen. Baselland hat sich ein Netto-Null-Ziel bis 2050 gesetzt und der Kanton Basel-Stadt bis 2037. Basel-Stadt muss also eine ganz andere Pace an den Tag legen als der Kanton Baselland. Und ich habe vorhin eine solche Fusion als Generationenprojekt bezeichnet. Mit Netto-Null bis 2037 haben wir bereits ein Generationenprojekt, welches die IWB und ihre Ressourcen sehr stark fordert. Das letzte, was die IWB jetzt noch braucht, wäre ein solches Umstrukturierungsprogramm ohne jede Aussicht auf irgendeinen Mehrwert. Auch dass der Basler Regierungsrat durch die Wahl des Verwaltungsrates die letztendliche Kontrolle und Verantwortung für die IWB hat, ist sowohl energiepolitisch wie auch sozialpolitisch insbesondere in Anbetracht der grossen Aufgaben, die wir zu lösen haben, von entscheidender Bedeutung. Diesen Vorteil abzugeben, wäre ein grosser Fehler.

Eine spannende Frage stellt der Anzug allerdings tatsächlich. Es ist die Fragenummer 3: «Könnte eine Fusion dazu führen, dass der baselstädtischen Bevölkerung im Energiebereich dieselben Dienstleistungen und Produkte derselben Qualität wie im Nachbarkanton angeboten werden können und dies möglicherweise zu günstigeren Preisen?» Gerne beantworte ich Ihnen diese Frage auch ohne Überweisung, nein. Die Gasversorgung macht die IWB eh schon im ganzen Gebiet selber. Die würde nicht besser oder billiger nur weil noch ein paar Leute mehr mitreden, im Gegenteil. Bei einer Fusion der IWB mit der Primeo und EBL dürfte auch der Strompreis nicht billiger werden, sondern teurer. Denn obwohl immer wieder das Gegenteil behauptet wird, liegen die Strompreise der IWB dank ihrer nachhaltigen Beschaffungsstrategie mit einem sehr hohen Eigenproduktionsanteil unter dem Schweizer Durchschnitt. Ein 4-Personen-Haushalt bezahlt bei der IWB im Jahr 2024 gut 10 Prozent weniger für den Strom als bei der Primeo und bei der EBL. Bei einer Fusion würde aufgrund des Nicht-Diskriminierungsgrundsatzes der Grundversorgung der Strom in Basel teurer.

Auch bei den Strommarktkunden kann ich kein wesentliches Verbesserungspotenzial erkennen. Da ich selber für meine Firma den Strom am Markt beschaffe, weiss ich, dass die IWB auch im freien Markt sehr kompetitiv agiert. Auch kann ich nicht bestätigen, dass grössere Stromanbieter stärker im Markt sind als kleinere. Zumindest im wichtigen KMU-Segment mache ich eher die Beobachtung, dass die mittelgrossen Anbieter wie IWB und Primeo wettbewerbsfähiger auftreten als die grossen.



Aus diesen vielen Gründen werden die Fraktionen der SP und GAB diesen Anzug nicht überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist die Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Auf den ersten Blick scheint es eine praktische Sache zu sein. Effizienzgewinn, Beseitigung von Doppelspurigkeit, Steigerung des Wettbewerbs, mehr innovative Produkte und Dienstleistungen, etc. Aber wir Grünliberalen sind überzeugt, die IWB ist bereits sehr kompetitiv unterwegs. Das wollen wir weiterhin so beibehalten. Die IWB ist mit innovativen Produkten und Dienstleistungen ebenfalls bereits jetzt unterwegs, auch das begrüssen wir sehr. Die IWB ist kunden- und auch politikorientiert. Gerade um die Energiewende zu erreichen, braucht es eine IWB, die zusammen mit der baselstädtischen Politik und der Bevölkerung nicht nur vorwärtsgehen will, sondern eben auch wirklich geht und das ist der Fall. Wenn wir mit anderen Kantonen zusammengehen im Energiebereich, wird es extrem kompliziert und behindernd.

Kommt ein weiterer Punkt hinzu. Wenn IWB, Primeo, EBM sowie EBL eine Fusion möchten, dann sollen sie dies bitte selber prüfen. Das ist auch liberal. Es ist hier in diesem Kontext nicht angebracht, dass die Politik eine Fusion von oben herab befiehlt respektive prüfen lassen soll.

Wir Grünliberalen bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Das Prüfen von Fusionen, Übernahmen, Teilübernahmen, Joint Ventures oder was auch immer ist in der Privatwirtschaft Tagesgeschäft. Ich habe es jedes Jahr, dass Leute an mich herantreten, um die Firma zu kaufen, um Teile zu kaufen, um zu verkaufen und Joint Ventures und weiss ich was nicht alles zu prüfen. Ich kann Ihnen sagen, in den allermeisten Fällen kommen solche Deals nicht zustande. In den 15 Jahren, seitdem ich meine Firma führen darf, haben wir genau einmal eine Firma gekauft. Geprüft haben wir es vielleicht fünfzig Mal, vielleicht auch mehr. Solche Prüfungen sind sinnvoll, weil sie geben Anlass dazu, Chancen zu finden.

Es geht hier nicht darum, von oben herab eine Fusion zu befehlen, Brigitte Kühne, weil dann hätte man eine Motion einreichen müssen. Man hat ganz bewusst einen Anzug eingereicht, um zu prüfen, ob es Sinn machen könnte, die Firmen als Ganzes zu fusionieren. Und da gibt es Hindernisse, sie wurden vorhin aufgezählt, aber man kann dabei auch zum Schluss kommen, dass es vielleicht Sinn macht, für gewisse Teile einen Joint Venture zu kreieren, oder dass es Sinn macht, dass die eine Firma der anderen gewisse Teile verkauft, weil es vielleicht in gewissen Teilbereichen Effizienzsteigerungsmöglichkeiten gibt. Wenn man jetzt sagt, wir wissen, was die Antwort dieses Anzugs sein wird, es geht sowieso nicht, dann finde ich das relativ mutig.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug der Regierung zu überweisen, damit man mal das Udenkbare denken kann und wenn wir dann die Antwort auf den Anzug haben, dann können wir immer noch sagen, ja, es macht wirklich keinen Sinn oder vielleicht sagen wir dann, in dem Bereich und in dem Bereich ist es durchaus sinnvoll. Besten Dank, wenn Sie Ja stimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort und hat es.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die IWB ist ein Unternehmen, das die kritische Grösse definitiv erreicht hat mit einer Milliarde Umsatz, ungefähr 1'000 Mitarbeitenden, eine Milliarde Investitionen in den nächsten vier Jahren, die Sie hier drin entschieden und bewilligt haben als Gesetzgeber. Skaleneffekte, die sind oft möglich, aber die sind einfacher realisierbar bei kleinen Firmen, bei grossen Firmen kommt irgendwann der Punkt, wo mehr Grösse nicht unbedingt effizienter heisst.

Die IWB ist gut aufgestellt. Sie ist ein integriertes Unternehmen, sie hat Monopolstrukturen im Leitungsbereich oder in der Grundversorgung beim Trinkwasser, etc. und sie hat Bereiche, wo sie im Wettbewerb unterwegs ist. Sie produziert mehr Strom, als wir als Basel-Stadt brauchen, ein sehr wichtiger Asset, den wir alle sehr schätzen, jetzt vor allem in den Zeiten, wo die Strommärkte recht turbulent unterwegs sind. Im letzten Jahr der Energiemangellage haben mich viele andere Energiedirektorinnen und -direktoren darum beneidet, dass wir hier in Basel-Stadt einen Netzbetreiber haben, einen Stromproduzent haben, direkt einen Bezug haben zu ihm und gemeinsam diese Herausforderung von politischer und auch von Unternehmensseite stemmen können.

Auch bei der Energie- und Klimapolitik, es hilft uns sehr, dass wir eine starke IWB haben, die die Energie- und Klimapolitik, die wir und Sie hier in diesem Saal entscheiden, auch effektiv und effizient umsetzen können. Die IWB, wie schon gesagt, sie hat Monopolbereiche, Wasser-, Stromleitung, Glasfaserkabel, Grundversorgung im Strom und das ist wichtig, dass diese



Monopolbereiche im Besitz und in der Kontrolle von uns als Kanton bleibt. Der Regierungsrat sieht deshalb aus diesem Grund im Moment keinen Anlass, an den Eigentums- und Steuerungsstrukturen etwas zu verändern.

Was wäre bei einer Fusion. Es sind komplett anders aufgestellte Unternehmen. Hier bei uns eine öffentlich-rechtliche Anstalt, ein Eigentümer, ausgeübt durch Regierungsrat und die Oberaufsicht durch das Parlament mit ihrer Gesetzgebungskompetenz, auf der anderen Seite zwei Genossenschaften. Es ist dort ja auch nicht der Kanton Baselland, der Eigentümer ist dieser Gesellschaften, sondern die Primeo. Wir haben das Beispiel gesehen, die hat 56'000 Genossenschafter*innen als Eigentümer*innen. Das ist die Realität, wenn man versuchen möchte, diese beiden Unternehmen zu fusionieren.

Die beiden Genossenschaften in Baselland, die haben eine Fusion geprüft, im 2001 das letzte Mal, das finde ich naheliegender, gleiches Kantonsgebiet, gleiche Organisationsstruktur. Es kam nicht zustande, sie hat nicht stattgefunden. Und wenn man jetzt eine öffentlich-rechtliche Anstalt und zwei Genossenschaften fusionieren möchte, dann würde man höchstwahrscheinlich bei einer Aktiengesellschaft enden. Ich sehe im Moment keine andere Struktur, die möglich wäre. Das haben wir auch schon gemacht bei der Messe, Genossenschaft auf der einen Seite, privat-rechtliche Aktiengesellschaft auf der anderen Seite und da hat man die MCH gegründet.

Ich möchte auch schauen, was es heissen würde auf energiepolitische Entscheide, die Sie hier im Parlament in den letzten Jahren gefällt haben. Sie haben entschieden, dass die IWB 500 Millionen in den Fernwärmeausbau hier in Basel-Stadt investiert. Sie haben den Gasausstieg ins IWB-Gesetz geschrieben bis 2037. Der Verfassungsgeber hat bestimmt, dass es keinen Atomstrom und keine Beteiligungen an Atomstrom gibt. Im Gesetz steht, dass die IWB nur in erneuerbare Energie investieren kann, das haben alles Sie entschieden. Bei einer Fusion würde Ihre Kompetenz in diesem Bereich wegfallen. Es gäbe kein IWB-Gesetz mehr, das wäre dann die Aktiengesellschaft, die diese Entscheide unternehmerischer Seite fällen würde. Was bleiben würde, wäre das Energiegesetz natürlich für unser Staatsgebiet, das aber deutlich komplizierter und indirekter wäre zu handhaben. Beim Entscheid der Fernwärme zum Beispiel, dann werden die Entscheide nicht mehr hier in diesem Saal gefällt, ob die Fernwärme kommt und wie viel man investiert.

Ein weiterer Grund, die Atomstrombeteiligung habe ich schon gesagt, ist auch die Wasserversorgung. Auch da schreibt die Kantonsverfassung fest, dass es nicht an Unternehmen übertragen werden darf, an denen Private gewinnbeteiligt sind. Auch hier ein verfassungsrechtliches Problem, wenn man diese Fusion umsetzen könnte. Im Wettbewerbsbereich, dort hätten wir weniger Wettbewerb, wenn aus drei Anbietern einer wird. Also dort reduzieren wir den Wettbewerb, wenn wir jetzt diese drei wichtigen Anbieter der Region in eine Gesellschaft zusammenfassen würden.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug nicht zu überweisen. Die IWB hat grosse Aufgaben zurzeit in der Wärmetransformation insbesondere und die Fusion stellt sich heute nicht und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat das Wort der Anzugsteller Daniel Albiez.

Daniel Albiez (Mitte-EVP): Ich danke für die spannende Diskussion. Zunächst danke ich herzlich Lorenz Amiet für sein engagiertes Votum zu mehr Mut zur Prüfung. Aber es ist offenbar nicht die Zeit für grosse Würfe im Moment oder auch Dinge nur anzuschauen, die auf den ersten Moment etwas spannend oder schwierig aussehen. Natürlich bin ich leicht ernüchert über die Haltung der Regierung und der ablehnenden Fraktionen, insbesondere der GLP. Sonst erlebe ich die GLP ja in finanzwirtschaftlichen und energiepolitischen Fragen eigentlich offen für innovative Ansätze und dachte, dass die Idee bei der GLP vielleicht auf Anklang stossen könnte. Vielleicht geschieht ja noch ein Gesinnungswechsel und selbst wenn nicht, die drohende Ablehnung eines Vorstosses gehört gewissermassen zum Amtsrisiko eines Grossrats, darum nehme ich das auch nicht persönlich.

Nun, die Argumente liegen auf dem Tisch, Sie können sie in meinem Anzug nachlesen. Darum fokussiere ich mich im Wesentlichen auf eine kurze Replik zu den Einwendungen. Wenn ich eine Motion eingereicht hätte, die die Fusion verlangt dieser drei Unternehmen, dann könnte ich die ablehnenden Stimmen akzeptieren. Verlangt wird von mir aber nicht die Fusion der drei Unternehmen, es kann ja sein, dass es sich am Ende als keine gute Idee erweist. Also es geht um die klassischen Anliegen eines Anzugs, nämlich zu prüfen und zu berichten und hier verweigert man sich nur schon einer Prüfung.

Der Antrag an die Regierung war Prüfung und Bericht. Ich bin bezüglich des Ergebnisses dieser Abklärungen völlig offen und finde die Fusion ja auch nicht zwingend, sondern einfach mal prüfenswert. Sich der Prüfung einer solchen Frage aber ganz zu entziehen oder so zu tun, als ob die Antworten bereits klar seien, das finde ich seltsam und ich staune, denn über so viel Fachkenntnis im Energiebereich verfüge ich selber nicht. Das heisst, ich bin zu wenig Experte, um eine solche Frage vom Schiff aus zu beantworten. Dafür braucht es Spezialisten und Leute, die die Dinge anschauen, handelt es sich doch bei der Energieversorgung um einen vielschichtigen, teilweise liberalisierten Markt mit zahlreichen Stakeholdern, Gesetze und Vorgaben auf Bundesebene, Kantone und Gemeinden als Konzessionsgeber, private und halb oder quasi staatliche



Anbieter. Das haben Sie alles in diesem Bereich und da braucht es kluge Köpfe, die solche Dinge prüfen. Ehrlich gesagt, habe ich vorhin nicht viel gehört, was die im Anzug aufgeführten Überweisungsgründe substanziell entkräftet hätte.

Daniel Sägesser nennt die Fusion ein Generationenprojekt. Die Fusion dreier Unternehmen mit insgesamt 2'000 Mitarbeitern. Da muss ich sagen, es wurden meines Wissens auch in diesem Kanton respektive von Konzernen mit Sitz in diesem Kanton schon viel grössere Fusionen in viel kürzerer Zeit als einer Generation vorgenommen. Diese Einwände, die waren eine gewisse Staatsdenke, in dem alles ein bisschen langsamer und ein bisschen mühsamer geht als in der Wirtschaft und ich denke, dass es kein Problem wäre, das juristisch und auch von der Konzernstruktur her umzusetzen.

Die Regierung wünscht sich natürlich eine starke IWB, aber auch hier finde ich, man soll hinschauen und überprüfen, wo welche Chancen bestehen. Tatsache ist nämlich, dass die Energiepreise in letzter Zeit erheblich steigen und aus meiner Sicht wäre es angezeigt, zumindest zu prüfen, ob eine effizientere Zusammenarbeit der drei regionalen Energieversorger einen positiven Einfluss auf die Preise hätte und ein Konglomerat im nationalen Wettbewerb, der ist eben auch national, nicht mit mehr Marktmacht auftreten könnte als die drei Anbieter allein.

Auch die anderen Einwände überzeugen wenig. Mir ist schon klar, dass es sich in Baselland um zwei Genossenschaften handelt. Das sind zwei Gesellschaften mit einer Genossenschaftsstruktur und hier ist eine Fusion grundsätzlich möglich. Man muss halt einfach diese Genossenschafter befragen.

Wenn wir die Energieversorgung der Bevölkerung grundsätzlich als Staatsaufgabe ansehen, wenn auch mit privaten Trägern, so steht einer Abklärung der Regierung bei den strategischen Organen auch zweier konzessionierter Genossenschaften nichts entgegen. Es geht um einen öffentlichen Anstoss mit offenem Ergebnis. Das fände ich spannend und bitte Sie daher, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002086, 15.11.23 11:29:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 58 Nein-Stimmen bei 34 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

44. Anzug 23 Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit

[15.11.23 11:29:04, 23.5506.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Kontakt- und Anlaufstellen sind eine starke Belastung für das jeweilige Quartier. Wenn man jetzt das Angebot ausweitet, längere Öffnungszeiten vorsieht und auch den Adressatenkreis öffnet, dann wird das nicht zur Entlastung von einem Quartier führen, sondern zu zusätzlicher Belastung. Es ist ja klar, dass mehr Leute mehr Littering, mehr Lärm und auch mehr Kriminalität verursachen. Auch wenn Sie



jetzt den Adressatenkreis derart öffnen und sagen, jeder, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, soll in diesen Kontakt- und Anlaufstellen konsumieren dürfen, egal ob er aus der Region Nordwestschweiz, vom benachbarten Ausland, Frankreich oder Deutschland kommt, dann führt das selbstverständlich dazu, dass ein Quartier zunehmend belastet ist und dass der Bevölkerung nicht mehr zugemutet werden kann. Ich sehe dann schon diese grossen Probleme, die wir dann beispielsweise im Bereich Dreispitz haben, wenn dann ein neues Schulhaus am Walkeweg entstehen wird, dass dann dort zusätzlich viel mehr Drogenspritzen, etc. sein werden und deshalb zielt dieser Anzug völlig in die falsche Richtung.

Es ist auch der falsche Ansatz gesamthaft. Sie sagen, weil es mehr Drogensüchtige gibt, weil es mehr Konsumenten gibt, braucht es mehr derartige Angebote. Das Beste, um dem entgegenzuwirken, wäre, dass man diesen Drogenhandel endlich mal in den Griff bekommt. Wir haben letzten Monat den Anzug von Joël Thüring überwiesen, der explizit gegen den Drogenhandel im Kleinbasel vorgehen wollte. Sie haben den mitüberwiesen, ich weiss nicht, ob Sie inhaltlich dafür waren oder ob Sie vor den Wahlen einfach keine Diskussion bei diesem Thema wollen, aber Sie waren dort zumindest dafür. Das ist der richtige Ansatz und nicht, das Angebot für illegale Aktivitäten ausweiten.

Und eine Bemerkung erlauben Sie mir doch noch. Sie beschreiben insbesondere das Problem der Kokainkonsumenten, dass diese Tendenz steigend ist und es dementsprechend mehr Räume braucht, in denen Kokain geraucht werden kann. Ja, wenn es jetzt im Kanton Basel-Stadt mehr Spielsüchtige gibt, bräuchte es dann auch mehr Casinos? Wenn es mehr Raucher gibt, bräuchte es dann auch mehr Restaurants für Raucher? Wenn es mehr Autofahrer gibt, bräuchte es dann auch mehr Parkplätze? Wenn es mehr Kriminelle gibt, bräuchte es dann auch mehr Polizisten?

Ich denke nicht, dass Sie mir diese Fragen mit Ja beantworten würden. Also ist diese Argumentation in Ihrem Anzug der falsche und auch der Schritt und die Konsequenzen, die Sie daraus ziehen, sind falsch. Wir müssen hier den Drogenhandel bekämpfen und sicherlich nicht diese Angebote derart ausweiten, dass sie eine derartige Problematik für das Quartier oder für die Quartiere darstellen und dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Sie kennen sicher mittlerweile alle die vier Säulen der Drogenpolitik. Die sind Prävention, Therapie, Repression und Schadensminderung. Jede Säule beinhaltet verschiedene Massnahmen und das Ziel dieser Drogenpolitik ist, den Drogenkonsum und seine negativen Folgen für die Konsumierenden und auch für die Gesellschaft nachhaltig zu vermindern.

Und deshalb, hier schliesse ich gleich an das Votum von Pascal Messel an, wurden auch die K+A überhaupt gemacht. K+A sind da zur Entlastung für die Quartiere. Was denken Sie, was passiert, wenn diese K+A nicht ausgebaut werden oder nicht bestehen würden? Die drogenabhängigen Suchtkranken würden natürlich umso mehr im öffentlichen Raum sein. Das ist naiv, Entschuldigung, wenn ich das so sage, das ist naiv, wenn man denkt, wenn es keine K+A gibt, wenn es keine Angebote gibt, wo man hygienisch konsumieren kann, dass es dann keine Drogenabhängigen mehr gibt. Das ist einfach nur naiv, wenn man das denkt.

Diese Massnahmen, diese Vier-Säulen-Politik, die hat auch sehr lange sehr gut funktioniert. Die war gut austariert und die Balance hat gestimmt. Nun hat sich aber in diesem Jahr gezeigt, dass es in Basel, speziell im Matthäusquartier, nicht mehr ganz aufgegangen ist. Diese negativen Folgen des Drogenkonsums wurden zumindest wieder sichtbarer als auch schon. Und ja, das hat verschiedene Ursachen, neues Konsumverhalten, billigere Drogen, schlechte Wohnverhältnisse der Suchtkranken, heisses Wetter und andere.

Unser Anzug setzt, wie gesagt, nun bei der Schadensminderung an und fordert, verschiedene Vorschläge zu überprüfen. Das sind auch keine extrem radikalen Vorschläge, sondern das sind alles Sachen, die es schon gibt, es sind Massnahmen, die schon existieren. Es geht jetzt einfach darum, dass man auf der einen oder anderen Seite noch etwas anpassen muss. Die Vorschläge sind sozusagen in diesem Sinne auch abgesprochen mit Expertinnen und Experten, man konnte es schon an verschiedenen Orten testen. Es ist abgesprochen mit verschiedenen Institutionen, es sind Anpassungen, die auf Erfahrungen basieren, wo man sich abstützen kann. Diese Vier-Säulen-Politik, die ist auch sehr breit abgestützt, war immer sehr breit abgestützt, die SVP hat es nie mitgetragen.

In diesem Sinne freue ich mich, wenn Sie im Namen der SP-Fraktion den Anzug unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Nehmen Sie sie an? Sie wird abgelehnt. Der Anzugsteller hat das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die Debatte und danke der Regierung und den unterstützenden Fraktionen, dass Sie den Anzug von Melanie Nussbaumer und mir überweisen möchten.



Nun kurz zu den Einwänden von Pascal Messerli hinsichtlich dieses Anzugs. Es gibt nicht zwingend mehr Konsumenten und deswegen muss man die Kontakt- und Anlaufstellen verdreifachen, sondern der Konsum ist anders. Um das geht es hier. Die Kontakt- und Anlaufstellen müssen sich dem veränderten Konsum, dem Kokainkonsum, der mehrheitlich geraucht wird, anpassen und eine andere Infrastruktur einerseits ermöglichen und zudem auch noch die Frage der Öffnungszeiten prüfen. Und wenn Sie schon den Drogenhandel bekämpfen wollen, ja, dann schaffen Sie es nicht, wenn Sie die Schadensminderung abschaffen, sondern da müssen Sie grundsätzlicher Art gegenüber diesem Thema, was jetzt dieser Anzug auch nicht macht, aber da müssen Sie grundsätzlicher Art diesem Thema begegnen.

Wahrscheinlich ist es jetzt eher eine polemische Reaktion auf unsere ablehnende Haltung gegenüber den Sicherheitsvorstössen der SVP, dass Sie diesen Anzug so kategorisch ablehnen. Ich würde der SVP-Fraktion empfehlen, bei ihren zwei Parteimitgliedern, welche am Kleinbasler Drogenstammtisch vor drei Wochen anwesend waren, nachzufragen, welche Inhalte dort besprochen und geäussert wurden. Dann hätte die Fraktion erfahren, dass die im Anzug beschriebenen Lösungen von vielen der Anwesenden befürwortet wurden. Sei es von Fachpersonen, von den Anwohnenden, der Polizei wie auch von den Betroffenen.

Zurzeit leben wir in Zeiten, in denen wir auf gesellschaftliche und soziale Probleme primär mit Abschottung, Repressionen und Kontrolle reagieren. Oft geht es darum, soziale Probleme unsichtbar zu machen. Wir wollen dem Elend und deren negativen Auswirkungen im Alltag nicht begegnen. Erst recht nicht in einer Welt, die von Krise zur Krise schlittert. Ja, ich kann das auch gut nachvollziehen und habe sehr Verständnis für die Anwohnenden im Matthäusquartier. Ich denke, es geht uns allen immer mal wieder so, doch Menschen mit einer langjährigen Suchterkrankung können nicht ganz aus dem Blickfeld genommen werden.

Ich kann mich noch erinnern, als die Kontakt- und Anlaufstelle an der Spitalstrasse vis-à-vis der Frauenklinik war und das zuständige Departement, das ist schon länger her, die Visibilität der Süchtigen reduzieren wollte und daraufhin wurden bauliche Massnahmen eingeleitet. Anschliessend wurden dann die neuen K+A an den Rändern der Stadt gebaut und mit dem Wegzug der Heroinverschreibung Janus auf den Campus der UPK ist nun auch dieses Angebot aus der Mitte der Stadt verschwunden.

Menschen mit einer langjährigen chronischen Sucht benötigen Hilfe und Unterstützung auf verschiedenen Ebenen. Seien es suchtmmedizinische mit Substitutionsbehandlungen, sei es Soziales wie beispielsweise eine eigene Wohnung, Unterstützung bei den Organisationen, Finanzen und eine Psychiatrie, die bei akuten Krisen Schutz bieten kann. Das grösste Problem ist neben der Abhängigkeit von den Substanzen und vom illegalen Markt bei vielen Betroffenen die grosse Einsamkeit, die innere Leere und das Gefühl, für diese Gesellschaft keinen Wert zu haben. Nächstes Jahr feiern wir zehn Jahre UN-BRK, aber es muss klar festgehalten werden, dass die Inklusion bei Süchtigen definitiv sehr erschwert ist.

Deshalb braucht es auch weiterhin soziale wie institutionelle Räume, auch informelle, wo sich die Betroffenen treffen können. Hier hilft vor allem, Pascal Messerli, ein Rezept, nämlich der Ausbau von schadensmindernden Massnahmen, und zwar solche, die sich pragmatisch den Bedürfnissen der Menschen anpassen. Mit der Überweisung dieses Anzugs stärken Sie diesen für die gesamte Gesellschaft sinnvollen Ansatz.

Ich danke für Ihre Unterstützung und ich bin zuversichtlich, dass gemeinsam mit den Fachpersonen der Verwaltung sowie mit den Einrichtungen der Suchtarbeit sinnvolle und notwendige Massnahmen eingeleitet werden können, welche für die Öffentlichkeit, für die Anwohner und Anwohnerinnen, für die Betroffenen und auch für die Polizei eine Entlastung bringen wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002088, 15.11.23 11:40:21]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 76 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

45. Anzug 24 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Roadmap Lastoptimierung und Energiespeicherung

[15.11.23 11:40:08, 23.5513.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

46. Anzug 25 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Wahltarife mit dynamischen Energie- und Netznutzungspreisen für flexible elektrische Lasten

[15.11.23 11:40:29, 23.5514.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Sie fragen sich sicher, weshalb ich hier nun wieder stehe und dass ein Teil des GAB diesen Anzug bestreitet, wurde doch dieser von allen Fraktionen unterzeichnet.

Ehrlich gesagt, es ist primär aus einem Unbehagen und einem Gefühl heraus, dass die Forderungen dieses Anzugs nicht unseren politischen Grundwerten entsprechen und aus linker Sicht nicht wirklich zu unterstützen sind. Nun, es ist aber offensichtlich, dieser Anzug wird überwiesen werden und ich bin überzeugt, dass Daniel Sägesser, der ja in Energiefragen ein ausgewiesener Spezialist ist, mit dem Vorstoss gute Absichten hat und sich dies mit den dynamischen Preisen wohl überlegt hat. Trotzdem bestreite ich, auch um unsere Kritik überhaupt öffentlich äussern zu können und der Regierung, das ist der wesentliche Teil, auch etwas mitzugeben bei der Prüfung dieses Anzugs.

Wir lehnen grundsätzlich die Grundannahme ab, dass der Energiemarkt nach kapitalistischen Prinzipien in der Lage ist, die Preise für die breite Bevölkerung zu senken und zudem den Bedarf an Strom insgesamt zu reduzieren. Wir sind ganz und gar nicht überzeugt, dass die Ursache des Problems, nämlich der voll oder zu Teil privatisierter und liberalisierter Markt, ein Teil der Lösung sein kann. Und hier verweise ich gerne auf ein Zitat von Albert Einstein, erwiesenermassen einem sehr klugen Menschen der Welt: «Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.» Und genau dies sehen wir in diesem Anzug gegeben.

Zudem hegen wir grosse Vorbehalte der IWB, eine neue marktorientierte Spielweise zu ermöglichen. Ganz konkret bezweifle ich, das ist der Hauptteil, dass die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund ihrer sozialen Realität in der Lage ist, ihren Alltag so umzugestalten, dass sie von dynamischen, also zeitvariablen Stromtarifen profitieren können. Und so frage ich mich, ob dann die Stromtarife zu Zeiten mit der hohen Inanspruchnahme überproportional ansteigen werden. Es stellt sich wie so oft die Frage, wer von solchen Massnahmen wirklich profitieren wird. Wir hegen den Verdacht, dass die dynamischen Stromtarife vor allem den privaten oder auch hier staatlichen Unternehmen zugutekommen, die Energiekosten für die Mehrheit der Menschen aber weiter steigen werden. Zudem erinnert mich diese Massnahme, vielleicht habe ich es auch nicht wirklich ganz begriffen, irgendwie an die variablen Preise bei den Skigebieten. Bei Sonnenschein gehen die Preise hoch, so dass die gleiche Leistung, umso mehr Verführung, umso mehr bezahlt werden muss, was dazu führt, dass bei Sonnenschein nur noch diejenigen unterwegs sind, die sich diese Preise leisten können. Alle anderen fahren dann, wenn es windet und schneit.

Wahrscheinlich wird es dann in Zukunft eine Vielzahl an neuen Energiepreis-Modellen geben als weitere Schritte für die Liberalisierung und als Miniversion des jetzt schon bestehenden Energie-Gamblings auf den europäischen Märkten. Mit



einem dynamischen Preis-Modell akzeptieren wir die Börsenrealität an den Energiemärkten und genau dies war vor einem Jahr für einige Unternehmen oder auch staatliche Museen das Problem. Wenn die Nachfrage nach Strom hoch ist, treibt dies, wie Sie alle wissen, die Preise in die Höhe. Vor allem am Morgen, am Abend, in der Nacht und über Mittag sind dann die Preise eher tief oder gar im negativen Bereich. Die Frage stellt sich, wer hier was optimieren kann. Ein Elektroauto kann vielleicht entsprechend geladen werden, aber das Abendessen für die Familie kann kaum um 15 Uhr gekocht werden.

Am preiswertesten und umweltfreundlichsten ist aber immer noch die Kilowattstunde, die nicht bereitgestellt werden muss, und es wäre vielleicht auch mal an der Zeit, dass Sie hier nicht nur neben technischen Lösungen im reichen Norden auch etwas in Richtung Wachstumsrücknahme bewegen.

Sie merken es, dieser Vorstoss von Daniel Sägesser lässt sich mit einer sozialistischen Überzeugung kaum in Einklang bringen und dies ist der Grund, weshalb ein Teil des GAB diesen Vorstoss ablehnt. Ich möchte der Regierung konkret den Auftrag mitgeben, zu prüfen, wie unsere Bedenken entkräftet werden können, dass die Kosten für diejenigen, die ihren Strombezug nicht optimieren können, nicht steigen werden. Es ist wichtig, diese Aspekte bei der Beantwortung zu berücksichtigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich wage jetzt einfach mal als Einzelsprecher für den anderen Teil der GAB-Fraktion zu reden.

Als Grüner muss ich sagen, finde ich diesen Vorstoss eine gute Idee, den es zu prüfen gilt. Weil die Realitäten des Börsenmarktes und auch die Realitäten der Energiewende, die wir auch wollen, dass sie sich ändern, dafürsprechen, dass die Preise nicht mehr so gestaltet werden können, wie sie heute sind und davon auch viel mehr Menschen dann profitieren können, vielleicht heute schon profitieren könnten, wenn wir das umstellen würden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, um nur ganz wenig Ihrer Zeit zu stehlen, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Daniel Sägesser das Wort.

Daniel Sägesser (SP): Ich spreche zu Ihnen als Anzugsteller, aber auch im Namen der Fraktionen der SP und der SVP.

Es wurde mir von verschiedener Seite zugetragen, dass der Vorstossinhalt etwas schwer lesbar ist. In dem Sinne bedanke ich mich bei Oliver Bolliger, der mir durch sein Bestreiten eine zweite Chance gibt, Ihnen meinen Vorschlag doch noch in verständlicher Weise zu erläutern. Eigentlich ist es ziemlich einfach.

Bisher galt durch den Doppeltarif der IWB, in der Nacht ist Strom billig und am Tag ist der Strom teuer. Dieses Tarifmodell stammt aus den 60er- und 70er-Jahren, damals hat die Schweiz Atomkraftwerke gebaut, welche in der Nacht zu viel Strom und am Tag zu wenig Strom produzierten. Mit dem günstigen Nachttarif haben die Energieversorger einen Anreiz geschaffen, zeitlich flexible Verbraucher möglichst in der Nacht zu betreiben. Durch den Atomausstieg und den zunehmenden Anteil an neuen erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne kommt nun aber etwas Bewegung in diese Logik. Die Regelmässigkeit, wonach Strom in der Nacht per se günstiger ist, gilt nicht mehr. Die Photovoltaik produziert bekanntermassen nur während dem Tag und die Windenergie folgt gar keiner Tag-/Nacht-Logik, sondern ist 100 Prozent wetterabhängig.

Wenn man dieses schwankende Angebot preislich abbilden möchte, eignen sich deshalb starre Tarifzeiten wie bisher nicht mehr. Eine bessere Orientierung bieten hier an den Strombörsen gehandelte Strompreise, welche sich entsprechend der Logik von Angebot und Nachfrage bilden. Mit zunehmendem Anteil an Solar- und Windstrom gibt es immer mehr Stunden, in denen Strom sehr billig oder sogar gratis ist. Ja, es kommt sogar immer häufiger vor, dass der Marktpreis sogar ins Minus fällt, man am Markt also sogar Geld bekommt, wenn man Strom verbraucht. Dies dann, wenn unflexible Kraftwerke, wie zum Beispiel Atomkraftwerke, die nicht kurzfristig ihre Stromproduktion reduzieren können, trotz Stromüberschuss weiter Strom ins Netz einspeisen.

Was ich nun vorschlage, sind sogenannte dynamische Stromtarife, die sich an diesen Börsenstrompreisen orientieren. In Ländern wie Deutschland oder Österreich werden solche Tarife bereits seit einigen Jahren angeboten. Im Rahmen des Energie-Mantelerlasses wurden kürzlich auch in der Schweiz regulatorische Hürden abgebaut, um solche Tarife einführen zu können. Es ist aber nicht meine Idee, dass der ganz normale Haushaltsstrom mit solchen dynamischen Stromtarifen abgerechnet werden soll, sondern was ich vorschlage, ist ein sogenannter Wahltarif. Ein solcher Wahltarif kann von Kundinnen und Kunden auf freiwilliger Basis für bestimmte Verbraucher gewählt werden. Dies sind dann typischerweise Verbraucher, die eine gewisse zeitliche Flexibilität im Betrieb haben, zum Beispiel Ladestationen von Elektroautos,



Wärmepumpenanlagen mit Pufferspeicher oder Batteriespeicheranlagen. Solche Verbraucher würden dann von smarten Energiemanagementsystemen des Gebäudes gezielt dann eingeschaltet, wenn viel Strom verfügbar und deshalb günstig ist.

Von der Anwendung solcher dynamischen Tarife profitieren buchstäblich alle. Zunächst natürlich die Stromkunden, die durch die Wahl eines solchen dynamischen Tarifs die gezielte Verlagerung des Stromverbrauchs in günstige Zeiten direkt von günstigen Stromkosten profitieren. Durch die bessere Übereinstimmung von Stromverbrauch und Stromproduktion steigt aber auch die Energieeffizienz, die Energieinfrastruktur wird effizienter genutzt und die Versorgungssicherheit steigt. Auch Stromproduzenten profitieren durch die preisstützende Wirkung der Verschiebung des Stromverbrauchs in Zeiten mit hohem Stromangebot. Sogar Stromkonsument*innen, welche im Standardtarif bleiben, profitieren indirekt. Dies deshalb, weil die Optimierung der Verbrauchskurve auch die Grundversorgung allgemein günstiger macht, da die Grundversorgung weniger Strom in teuren Zeiten bereitstellen muss.

In dem Sinne würde ich mich als Anzugsteller, aber auch als Fraktionssprecher der SP und in ganz besonderem Masse auch als Fraktionssprecher der SVP sehr freuen, wenn ich durch diese Erläuterungen nicht nur Ihnen allen dieses etwas abstrakte Thema doch noch verständlich näherbringen konnte, sondern vielleicht sogar noch Oliver Bolligers Bedenken zerstreuen konnte und wir nun diesen Anzug dem Regierungsrat überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Oliver Bolliger. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002091, 15.11.23 11:51:58]

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 83 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

47. Anzug 26 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung

[15.11.23 11:51:45, 23.5515.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Der vorliegende Anzug bemängelt ein ungenügendes Zubautempo bei den kantonalen PV-Anlagen und sieht einen Grund darin, dass die Finanzierung zu aufwendig sei. Hier wird als gegeben hingestellt, dass der Zubau von Photovoltaikanlagen zu langsam geschehe. Belege für diese Aussage bringt der Anzug nicht. Natürlich, aus Sicht der linken Politik ist dies nachvollziehbar, geht es Ihnen doch bei den Erneuerbaren gar nie schnell genug und wenn wir mit Schallgeschwindigkeit unterwegs wären. Was Sie sicher nicht beanstanden können, ist, dass in unserem Kanton zu wenig in Sachen Photovoltaik geschehe. Suchen Sie einfach auf der Grossratswebseite nach dem Stichwort Photovoltaik und Sie sehen, was ich meine. Leider, wie immer beim Thema Erneuerbare, denken Sie zu kurz. Sie wollen Dächer und Fassaden mit PV-Anlagen bestücken und damit diese Anlagen auch als vollwertige Produktionsanlagen dienen können, braucht es



zwingend begleitende Speichersysteme. Eine PV-Anlage kommt nie allein. Die Anlagen produzieren Flatterstrom, und zwar hauptsächlich dann, wenn wir ihn nicht brauchen, im Sommer.

Natürlich können Sie zur Vermeidung des Speicherproblems einen Gesetzesentwurf einbringen, der verlangt, dass Photovoltaik auch nachts und bei Regen Strom produzieren soll. Ein solches Gesetz von Ihrer Seite würde mich auch nicht wundern, sind durch für Sie die physikalischen Gesetze einfach grosse und ärgerliche Hindernisse auf dem Weg in die schöne neue Welt ohne fossile Energien. Wie eine Rahmenausgabenbewilligung das Speicherproblem beheben kann, das steht in den Sternen oder vielleicht doch nicht, es behebt das Problem nämlich gar nicht. Und dass Sie zur Rettung von Basel ausgerechnet Finanzierungen beiziehen wollen, das entbehrt nicht der Ironie. Bleibt nur zu hoffen, dass wir die PV-Anlagen noch finanzieren können, bevor Sie den Kapitalismus überwunden haben.

Und den letzten Punkt des Anzugs musste ich zwei Mal lesen. Der Regierungsrat soll Auskunft geben, ob eine Betriebsgesellschaft oder eine andere Organisationsform für eine möglichst effiziente Erfüllung des Auftrags sorgen könne. Dieser Punkt ist wirklich bemerkenswert. Gerade die Politiker, welche alles Heil im Staat sehen, trauen ihm nicht einmal zu, in Eigenregie effizient auf seinen eigenen Gebäuden Photovoltaik zu installieren. Nein, unser Staat sei in Ihren Augen so unfähig, effizient zu arbeiten, dass es eine Betriebsgesellschaft oder eine andere Organisationsform brauche. Ja, meine Damen und Herren, das ist genau der Topos, den die SVP seit Jahren auf den Tisch legt, wenn es um staatliches Bauen geht. Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass diese Skepsis jetzt auch auf der linken Seite angekommen ist und wir danken Ihnen herzlich für dieses wunderbare Wasser auf unsere Mühlen. Und was diesen Anzug angeht, er ist unnötig, er traut dem Staat gar nicht zu, dass er das Geforderte leisten kann.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Lisa Mathys und die andere von René Brigger. Sie werden abgelehnt. Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die LDP-Fraktion kann diesen Vorstoss nicht unterstützen. Wie im Vorstoss selbst geschrieben wird, gibt es viele Vorstösse, wie die Motion «Aufbruch ins Solarzeitalter», die überwiesen sind. Das Netto-Null-Ziel bis 2037 ist beschlossen. Es besteht eine Klimaschutzstrategie, die bei den Gebäuden unter anderem mehr Solarproduktion vorsieht. Die Ziele sind gesetzt und bekannt, der Kanton kann handeln und umsetzen. Die Umsetzung wird also bereits vorangetrieben.

Der Vorstoss sieht vor, dass eine Rahmenausgangsbewilligung gesprochen werden soll und eine Betreibergesellschaft eingerichtet werden soll, aber weshalb? Ist es die Aufgabe des Kantons, selbst PV-Anlagen zu kaufen, zu betreiben, auf die Dächer zu stellen? Aus einer liberalen Sichtweise ist das nicht der Fall, solange private Institutionen, Gesellschaften bestehen, die das selbst anbieten. Es gibt in der Schweiz bereits Firmen, die Flächen anmieten, das ganze Material auf die Dächer stellen und den Strom dort verkaufen und dafür eine Miete zahlen und dafür auch Kosten übernehmen. Vorteile davon sind, dass der Kanton selbst keine Investitionskosten eingehen muss und kein Betriebsaufwand hat. Er verdient dadurch Geld und die Privaten werden somit nicht quasi aus dem Markt gedrängt.

Und das ist mir schon, auch gegenüber den anderen Fraktionen, die hier liberal sind, ein wichtiges Argument. Wollen wir wirklich, dass man hier die öffentliche Hand so privilegiert und sagt, sie sollen alle Dachflächen auch vom Finanzvermögen mit einer Betreibergesellschaft bespielen mit PV-Anlagen, die dann Eigentum sind von der öffentlichen Hand, wenn es Private gibt, die das auch und vielleicht besser machen können, weil sie ja schon Erfahrung haben in diesem Bereich? Das kostet uns am Ende kein Geld, aber bringt den gleichen Nutzen, vielleicht sogar noch schneller, weil keine Betreibergesellschaft installiert werden muss und es braucht auch keine Rahmenausgabenbewilligung für diese Massnahmen.

In diesem Sinne bin ich aus liberalen Überlegungen überzeugt, dass man diesen Vorstoss nicht überweisen muss, um dennoch die Ziele, die wir uns setzen, umsetzen zu können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist René Brigger.

René Brigger (SP): Leider hat Beat K. Schaller die Zwischenfragen nicht aufgenommen, aber es ist klar, dass Basel-Stadt bei der Solarproduktion in Rückstand gerät. Noch vor wenigen Jahren waren wir im Mittelfeld, aktuell sind wir bei den 26 Kantonen ganz am Schluss. Zweitens auch, dass aktuelle neue Solaranlagen eine Speichermöglichkeit haben, Batterien haben, also ein weiteres Argument, das entfällt. Dann die liberalen Einwände. Erstens geht es bei Solaranlagen nicht nur ums Dach, es geht auch auf Freiflächen und am meisten Potential ist an den Fassaden. Und dann ist es schon so, ich berate oder vertrete ja viele Hauseigentümer, vor allem genossenschaftliche. Die wollen das eigentlich und es ist relativ komplex



und kompliziert, in Basel noch mehr. Wir haben diverse, sogar eine Motion letzte Session überwiesen, wo es darum geht, baulich das zu verbessern. Das ist ein Teil, der wichtig ist.

Das WSU ist momentan daran, einen Ratschlag zu machen zu sogenannten Solaroffensiven. Der Ratschlag sollte im 2024 kommen und diese Idee wäre ein idealer Bestandteil, um diesen Ratschlag auch betreffend Rahmenkredit allfälliger kantonalen Betriebsgesellschaften, etc. abzuhandeln. Die Rahmenausgabe haben wir schon gehabt beim Velo, geben Velokredit, eine gute Idee. Die privaten Betreibergesellschaften, die stellen vielleicht rein physisch die Solarpaneele auf, aber die planen nicht, die machen nicht die Baueingabe und die machen zum Teil nicht den Betrieb. Abgesehen davon ist die IWB schon aktuell, macht da gewisse Leistungen und denkbar wäre, dass die IWB dieses übernimmt und dieses auch koordiniert und schneller durchzieht, auch im Interesse vieler Hauseigentümer, die eigentlich wollen, aber vor lauter Probleme und vor lauter Markt nicht Bescheid wissen. Selbstverständlich ist das freiwillig, von daher bitte überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat die Anzugstellerin Lisa Mathys das Wort.

Lisa Mathys (SP): Ich komme zu meinem Vorstoss. Ich möchte das jetzt nicht verlängern, weil wir alle Hunger haben und in die Mittagspause gehen möchten. Ich möchte einfach kurz reagieren noch auf einige Unterstellungen, dass die Quellen fehlen, dass wir in Rückstand geraten sind in Basel-Stadt. Im Vorstoss habe ich das tatsächlich nicht nochmal verlinkt. Ich kann Ihnen, Beat K. Schaller, aber sehr unseren Masterplan der SP Basel-Stadt ans Herz legen, dort sind selbstverständlich alle Quellen verlinkt, auch die entsprechenden Statistiken, also das ist ein Fakt. Wir waren mal vorweg beim Zubautempo und wir sind in Rückstand geraten. Das heisst, wir sind jetzt irgendwo unter ferner liefen und das kann uns als Basel-Stadt sicher nicht genügen.

Dann von Seite LDP der Vorwurf wegen der Konkurrenz für Private. Ich bin nicht sicher, ob das wirklich klar genug gelesen wurde im Vorstoss. Es geht um die Dächer der Gebäude, die dem Kanton gehören. Also es geht um die eigenen Dächer, um die eigenen Gebäude, die ausgestattet werden sollen und da bin ich dann doch nicht der Meinung, dass man diese alle im Contracting irgendwie abgeben sollte oder so, da kann der Kanton durchaus auch selber seine Anlagen dann haben auf den eigenen Gebäuden, das würde sicher Sinn machen.

Kurz zur Organisationsform. Die Frage ist ganz bewusst offen formuliert. Es geht einfach darum, dass wir sicherstellen müssen, dass wir möglichst gezielt, fokussiert, schnell vorankommen beim Ausbau unserer eigenen PV-Anlagen auf unseren eigenen Gebäuden. In welcher Form, dass man das macht, da bin ich wirklich offen. Es wäre eine Möglichkeit, dass man sagt, wenn das eine eigene Betriebsgesellschaft ist, die dafür eingesetzt wird, dass es so am schnellsten geht. Wenn die Regierung zu einem anderen Schluss kommt, sind wir da offen. Wichtig ist, zu Bautempo erhöhen, Vorbild sein, das ist unsere Aufgabe als Kanton Basel-Stadt.

Deshalb danke ich Ihnen herzlich für die Überweisung des Vorstosses.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wurde bestritten von Beat K. Schaller. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 24 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002093, 15.11.23 12:05:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 66 Ja-Stimmen bei 24 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Es liegt ein Ordnungsantrag vor von Lorenz Amiet. Er möchte kurz begründen und den Antrag stellen.



Lorenz Amiet (SVP): Wir haben am Nachmittag noch genau ein umstrittenes Traktandum zu behandeln und selbst bei diesem sind die Mehrheitsverhältnisse klar. Alles andere ist einstimmig beziehungsweise bei Interpellationen dürfen noch ein paar erklären, ob sie zufrieden sind oder nicht. Es ist unverhältnismässig aus unserer Sicht, diese Sitzung, vielleicht dauert sie dann noch 45 Minuten oder so, durchzuführen. Wir beantragen Ihnen deshalb, die Nachmittagssitzung abzusetzen. Wir haben im Dezember nicht so viele persönliche Vorstösse wie jetzt im November und wir haben einen Sitzungstag mehr. Wir kommen also da bestens durch. Besten Dank für die Unterstützung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich stelle den Gegenantrag, am Nachmittag um 15:00 Uhr weiterzumachen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Ordnungsantrag Verzicht auf die Nachmittagssitzung.

JA heisst keine Nachmittagssitzung, NEIN heisst eine Nachmittagssitzung durchführen

Ergebnis der Abstimmung

17 Ja, 65 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002095, 15.11.23 12:07:24]

Der Grosse Rat beschliesst

die Nachmittagssitzung durchzuführen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir machen am Nachmittag um 15:00 Uhr weiter. Mit 65 Nein-Stimmen und 17 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen sind Sie dem Antrag gefolgt.

Ich unterbreche hiermit die Sitzung und wir sehen uns um 15:00 Uhr wieder.

Schluss der 37. Sitzung

12:07 Uhr